

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1925

17 (21.1.1925)

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Mit den Wochenbeilagen „Die Rufstunde“ und „Volk und Zeit“ (mit Bildern)

Bezugspreis: halbjährlich 1.— M mit 80 S ohne Zustellung. Einzelpreis 10 S, Samstags 15 S. — Anzeigen: die einseitige Spaltenzeile 20 S, auswärts 25 S. — Anzeigen: die einseitige Spaltenzeile 20 S, auswärts 25 S. — Annahmestunde 8 Uhr vormittags. Ausgabe: Werktags mittags. Geschäftsstelle u. Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481. Schriftleitung: Georg Schöpflin; für die Redaktion verantwortlich Hermann Kadel; für den Anzeigenteil Gustav Krüger. Druck und Verlag von G. & C. e., sämtliche in Karlsruhe.

Große Aussprache im Reichstag

Dr. Breitscheid vertritt den sozialdemokratischen Misstrauensantrag gegen das Kabinett Luther

Berlin, 20. Jan. Beginn 12 Uhr mittags. Auf der Tagesordnung steht die Besprechung der Erklärung der Reichsregierung in Verbindung mit der ersten Beratung der Reichshaushaltungspläne für 1924/25. Die Debatte wird eröffnet von

Abg. Breitscheid (Soz.):

Herr Dr. Luther hatte gestern den bemerkenswerten Einspruch, möglichst alle Probleme, die das deutsche Volk in seiner Gesamtheit interessieren, zu berühren. Es war sozusagen eine Reise um unsere ganze Politik herum. Es gibt nichts, worauf die neue Regierung nicht ihre Aufmerksamkeit zu lenken verspricht, nichts, woran sie nicht denkt und nichts, womit sie sich nicht beschäftigen will. Der neue Reichskanzler gleicht mit seiner gestrigen Erklärung dem Schillerischen „Mädchen aus der Fremde“; er teilt jedem eine Gabe, dem Blumen, jenem Früchte aus, oder hat sie doch wenigstens versprochen. (Große Heiterkeit.) Aber weniger wäre hier mehr gewesen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Es liegt auf der Hand, daß eine solche Eitelkeit eines Regierungsprogramms auf Kosten der Intensität geht. Wir hätten gewünscht, daß einzelne Fragen mehr vertieft worden wären, auch wenn andere zu kurz gekommen wären. Es hängt aber mit dem Charakter dieses Kabinetts zusammen, daß es sich genügend nicht, noch möglichst vielen Seiten etwas auszusprechen. Man wollte nicht gleich von vornherein anreden und Anstoß erregen. Dieser solchen Umständen wäre ein Eingehen auf Details für den Redner eine Gefahr gewesen.

Es war eine Programmrede für eine Politik der mittleren Linie. Man sah dabei direkt das kräftigste Drehfeld und die Balanceinstellung.

(Große Heiterkeit.) Man konnte zunächst fast vergeblich nach Punkten suchen, die eine Kritik herausforderten. Die Regierungserklärung war aus einer Masse geförmt, die elastisch nachgibt, wenn man einen Druck ausübt. (Große Heiterkeit.) Es ist aber unmöglich, sie zu betrachten losgelöst von ihrer Entstehungsgeschichte und den Personen, für die sie abgegeben wurde. Die Personen, die in diesem neuen Kabinett vereint sind, haben, soweit sie nicht ein unbefriedigendes Blatt darstellen, noch ein persönliches und ein parteipolitisches Programm neben ihrem Regierungsprogramm. Und das in Einklang zu bringen mit dem, was wir gestern gehört haben, dürfte nicht leicht fallen. Worin unterscheidet sich denn die neue Regierung von ihrer Vorgängerin? (Sehr richtig.) Es müßten doch sachliche Gründe für die Erhebung einer Regierung durch eine andere vorliegen; aber von diesen sachlichen Gründen haben wir gestern wenig oder gar nichts gehört. Wir wissen wahrhaftig nicht, warum das Kabinett Marx beauftragt werden mußte. (Sehr richtig links.) und warum den Versuchen des Herrn Marx, eine Regierung zu bilden, Hindernisse von den Parteien in den Weg gelegt wurden, die jetzt in der Regierung Luther sitzen. Die gestrige Luthersche Rede hätte auch Herr Marx halten können. (Lebhaftes Sehr richtig links.) Herr Dr. Luther hat gestern ein Kabinett der mittleren Linie vorgeschlagen, und wenn er sie in Zukunft tatsächlich einführen will, dann verstehen wir nicht,

warum er den Schwerpunkt seiner Regierung so deutlich nach rechts verschieben hat.

(Zustimmung links.) Das scheint uns den Gehören der Logik zu widersprechen. Wenn Herr Dr. Luther gestern den wahren Charakter seines Kabinetts gekennzeichnet hat, ist die Krisenmacher der letzten Monate erst recht ein Verbrechen am deutschen Volk gewesen. (Lebhaftes Zustimmung und Beifall bei den Sozialdemokraten.) Dann verstehen wir nicht, warum sich Herr Dr. Luther zu diesem Spiel hergegeben hat. Die Krise dauert ja schon seit dem August des vorigen Jahres, seitdem am 28. August 1924 die Deutsche Volkspartei jenen Brief an die Deutschnationalen richtete, worin es wörtlich heißt: „Uebereinnimmt die Deutschnationalen Volkspartei die Verantwortung für das Zustandekommen der Damesgesehe mit uns, so wird die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei mit allen Mitteln auf eine ihrer Bedeutung entsprechende Teilnahme der Deutschnationalen an der Regierung hinarbeiten.“ Wir wissen, in welcher beschämender Form die Deutschnationalen die Verantwortung für die Annahme der Damesgesehe mit übernommen haben. (Sehr richtig links.) und erinnern uns, daß die deutsche nationale „Kreuzzeitung“ damals selbst erklärte, daß durch das Verhandlungsangebot der Deutschen Volkspartei die damalige veränderte Haltung der Deutschnationalen eingeleitet und durch Zusicherungen des Bürgerblocks endgültig bewirkt worden sei. Die Deutsche Volkspartei nahm aber keinen Anstoß an der mehr als zweifelhaften Art, in der die Deutschnationalen — damals reagierten, und von dieser Stunde an setzten sie als: Gebel in Bewegung, um den Bürgerblock zu erreichen. Für Führer Dr. Stresemann setzte mit einer Konjunktur, die sonst nicht seine stärkste Seite ist (Heiterkeit und Zustimmung links), alles daran, den Bürgerblock zustande zu bringen, und dies, nachdem Herr Dr. Stresemann noch kurz vorher der eifrigste Propagandist der Großen Koalition war und für ein Zusammengehen mit der Sozialdemokratie entrat.

Er war mit einem Male eifriger Propagandist des Zusammengehens mit den Deutschnationalen, und man muß ja feststellen, daß er dabei Sieger geblieben ist. Er hat fast mit demselben Atemzuge, zu dem er die Außenpolitik des Kabinetts Marx verteidigte, die Hingabe dieser empfohlen, die diese Politik auf das schärfste verdammt und in der Öffentlichkeit bedächtig gemacht hatten. Eine Erklärung dafür liegt vielleicht darin, daß Herr Dr. Stresemann hoffte, die Deutschnationalen zu einer Aenderung ihres Sinnes und Standpunktes zu verleiten. Aber es ist doch eine große Frage, ob Herr Stresemann kraft seiner eigenen „unbeirrten“ Haltung auch auf andere überzeugend zu wirken vermag. Wir wissen ja, wie das Wort des anderen Luther, „Hier stehe ich, ich kann nicht anders“, durch Herrn Hergt kompromittiert worden ist. Wenn es jetzt innerhalb des Kabinetts zu Auseinandersetzungen kommen sollte, dann fürchte ich, daß die Zersetzungsversuche des Herrn Dr. Stresemann mit seiner eigenen Belehrung enden werden. (Beifall links.) Die Bemühungen um das Zustandekommen des Bürgerblocks scheiterte zunächst an dem zähen und anerkennenswerten Widerstand der demokratischen Fraktion. (Lebhaftes Zurufe rechts.) Nicht das System der parlamentarischen Demokratie trägt die Schuld an der langen Krise der letzten Monate, sondern die Tatsache, daß wir das Instrument des Parlamentarismus noch nicht recht zu gebrauchen wissen. (Zustimmung links, Widerspruch rechts.)

Wir leiden an einem Uebelstand an Parteien,

die wir uns wohl im alten Obrigkeitsstaat leisten konnten, aber jetzt nicht mehr. Das deutsche Volk hat noch nicht gelernt, sich bei den Wahlen auf die wichtige Frage des Augenblicks zu konzentrieren und den Volkvertretern stellt es im gegebenen Augenblick an der Entschiedenheit die Verantwortung zu übernehmen. Das Zentrum konnte sich nicht recht entscheiden, weder für rechts, noch für links. Seine Politik der letzten Zeit hat sich nicht gerade durch Gradlinigkeit und Entschlossenheit ausgezeichnet. Das Zentrum hat damit der Deutschen Volkspartei ihr verhängnisvolles Spiel außerordentlich erleichtert. Es hätte die Möglichkeit bestanden, zu einer Lösung zu kommen, wozu auch die Wiederherstellung der alten Weimarer Koalition geführt hätte. (Sehr richtig links, Widerspruch und Lurche rechts.) Die Sozialdemokratie war trotz aller Bedenken bereit, weiterhin für eine Unterstützung der Marx'schen Linie in der deutschen Politik zu wirken. Nach der gestrigen Rede des Herrn Dr. Luther können wir den Sturz des Kabinetts Marx erst recht nicht verstehen. Aber auch

die kommunistische Fraktion trägt eine Schuld an der Entwidlung der Verhältnisse;

denn sie stürzt ja jede Regierung, die nicht ihrem Staatsideal entspricht, und sie kümmert sich dabei nicht darum, ob sie den Nationalismus fördert. Um die Haltung des Zentrums kommen wir aber nicht herum. Herr Marx hat einer Rechtsregierung Platz machen müssen, weil derjenige, der an seiner Seite saß, es so wollte. In der „Germania“ wurde kürzlich von einem Abgeordneten des Zentrums betont, daß das Zentrum nun in die Periode der Wachsamkeit eingetreten sei. Wenn es sie ist, soll es uns recht sein. Aber das ist auch eine gewisse Resignation, wenn man eine Gefahr entsehen läßt und dann angeht dieser Gefahr Wachsamkeit üben will. Duldsamkeit ist eine schöne Sache, aber Duldsamkeit ist keine Tugend gegenüber einer Regierung, in der zweifelhafte Republikaner neben zweifellosen Monarchisten sitzen. (Sehr gut! links.) Das hat mit Duldsamkeit nichts zu tun und ist eine Quelle der schwersten Gefahren. (Lebhaftes Zustimmung links.) Es steht doch fest, daß ein Teil des Zentrums seit den Tagen des Zusammenbruchs eine demokratische und republikanische Linie innegehalten hat. Wir möchten gern hören, wie nun Herr Dr. Wirth und seine Freunde zum Bürgerblock und zur neuen Rechtsregierung stehen. Gerade aus den Reihen des rheinischen Zentrums und der katholischen Arbeiter werden doch lebhaftes Bedenken gegen die neue Koalitionsregierung laut. In Herrn Dr. Wirth möchten wir deshalb die Frage richten, was jetzt zu geschehen habe. Wir glauben, daß diejenigen, die auf dem Boden der republikanischen Verfassung stehen, durch Worte und Handlungen die Linie bestimmen müssen die allein den Volkswohl errichten kann. Der äußere politische Horizont ist von Nebel noch nicht frei.

Als die Räumungsfrage akut wurde, hatten wir keine verhandlungsfähige Regierung. Das Ausland fragte sich, ob die neue Regierung die Politik Marx fortsetzen würde. Wir sehen noch keinen Ausweg. Wenn auch gestern wieder betont wurde, das deutsche Volk müsse deshalb ohne Unterschied der Parteien der Entente gegenüber zusammenstehen, so darf ich doch feststellen, daß wir im Reichstisch Landtage gesehen haben, wie die beiden Rechtsparteien fluchtartig den Saal verließen, als sie zu solcher Uebung Gelegenheit gehabt hätten. Einseitiger hätten sie ihre nationale Sentimentalität nicht offenbaren können als dadurch, daß sie den Saal verließen, als ein sozialdemokratischer

Ministerpräsident Protest gegen die Nichträumung Kölns erhob. (Sehr richtig links, lebhafter Widerspruch und Lurche rechts.)

Ihre Abneigung gegen einen sozialdemokratischen Minister war also stärker als ihre Nationalismus

(Stürmischer Widerspruch rechts.) Wir Sozialdemokraten beurteilen aufs schärfste die Nichträumung des Terrains für die Räumung der Kölner Zone und die Torheit, mit der die Alliierten uns der Rechte aus dem Versailler Vertrag beraubt haben, ohne auf die einzelnen Verfassungen hinzuweisen, aus denen sie ihren Schritt herleiteten. Schon heute muß die Frage aufgeworfen werden, ob die Räumung erfolgt wäre, auch wenn man keinen Verstoß Deutschlands gegen die Entwaftung entdeckt hätte. Hier liegt der schwerste Punkt; denn es war klar, daß die Räumung nicht erfolgen würde vor dem Abmarsch der Franzosen und Belgier aus dem Ruhrgebiet. Herr Dr. Stresemann hat im Auswärtigen Ausschuss Äußerungen über eine inoffizielle Fühlungnahme mit einem Engländer über ein Kompromiß in der Räumungsfrage gemacht. Vielleicht kann er uns Auskunft darüber erteilen, wie über diese angeblichen Kompromißverhandlungen im „Manchester Guardian“ Mitteilungen erschienen konnten. Wir würden es unerklärlich finden, wenn von der anderen Seite keine Verhandlungen angeknüpft worden wären, aber nicht minder unerklärlich, wenn das deutsche Auswärtige Amt ruhig alles an sich hätte heranlassen lassen. Wir haben den Eindruck, als wenn der Leiter des Auswärtigen Amtes in letzter Zeit allzu sehr mit inneren Angelegenheiten beschäftigt gewesen wäre, um die Geschäfte seines Ressorts eingehend wahrnehmen zu können. Zu den Forderungen der Alliierten sind wir Stellung nehmen können, wenn sie vorliegen. Es geht aber nicht, daß wir von vornherein erklären, alle Beschwerden der Interalliierten Kontrollkommission seien reiflos unbegründet. Sind wir in dieser Beziehung unsicherer Sache ganz sicher? (Stürmischer Widerspruch und Zurufe rechts, fortgesetzte Lurche Landesverrat! — andauernde große Lurche.) Wenn die von Ihnen (nach rechts) beabsichtigte Auslegung des Landesvertragsparagrafen schon gilt, warum nicht auch für jene kühnen Korporationen, die in ihren Mittelungsblättern die Namen ihrer Kommissionen nennen, die sich zu Uebungen in der Reichswehr verpflichtet haben? (Fortgesetzte Lurche rechts.) Ein deutschnationales Blatt hat dieser Tage behauptet, wir lieferten der Entente Material aus. Das ist eine unverkennbare Lüge. (Lebhaftes Zustimmung links.) Diese Herren Studenten sind von ihren Spielereien so entzückt, daß sie aller Welt davon Kenntnis geben müssen. Das ist ein kindischer Unfug sondergleichen und sicher keine Gefahr für Frankreich. Aber warum läßt das Reichswehrministerium einen solchen Unfug zu. (Lebhaftes Zustimmung links; fortgesetzte große Lurche rechts.) Wir haben das gute Recht festzustellen

daß Deutschland eine Abrüstung vollzogen hat, die keineswegs gleich in der Geschichte steht.

Abrüstung muß auch eine allgemeine sein. Das hindert aber nicht, daß wir offensichtliche Verstöße gegen Verträge verdammen. (Sehr richtig und lebhaftes Zustimmung links.) Ein noch so fein ausgelegelter Vertrag kann Vorbereitungen für einen Krieg nicht hindern, solange nicht die Abrüstung allgemein ist und internationale Schiedsgerichte bestehen. Aber das hindert uns nicht, daß wir offensichtliche Verstöße gegen angenommene Verträge verdammen. (Lurche rechts; Zuruf des Abg. Henning R.S.): „Werden Sie für diese Rede von Frankreich bezahlt?“; großer allgemeiner Lärm.)

Präsident Loh: Ich habe den Zuruf nicht verstanden. Ist es richtig, daß Abg. Henning gefragt hat, ob diese Rede von Frankreich bezahlt werde?

Abg. Henning (R.S.): Jawohl!

Präsident Loh: Dann rufe ich den Abg. Henning zur Ordnung. Abg. Breitscheid: Das ist ein Lump. (Präsident Loh ruft auch den Abg. Breitscheid zur Ordnung; fortgesetzte Lurche.)

Dr. Breitscheid (fortfahrend): Es tut mir leid, gegen die Ordnung des Hauses verstoßen zu haben. Aber wenn beratige Fragen an einen gerichtet werden, so kann man nicht in parlamentarischer Form antworten (Beifall links). Der Redner warnt dann dringend vor einem Zollkrieg mit Frankreich; er würde das Kabinett Herriot gefährden. Wir wünschen volle Aufklärung der jüngsten Finanzskandale. Der große Apparat, der im Falle Barmat ausgedient wurde, in Verbindung mit der eigenartigen Information der Presse, erweckt den Anschein, als ob man hier die Republik kompromittieren wollte, wie man mit dem ganz ungewöhnlichen Magdeburger Urteil den Reichspräsidenten herabsetzen wollte. Wenn Mitgliedern unserer Partei irgend etwas nachgewiesen werden kann, so werden wir unser Haus reinzuhalten wissen. Sie aber (nach rechts) sollten gefälligst vor Ihrer eigenen Tür kehren. Wir brauchen nur an die Skandale aus der Kaiserzeit erinnern, die Lasker einst aufgedeckt hat.

Dr. Luther verlangt von uns, wir sollten ihm glauben, daß sein Kabinett für die Behebung der Kaufkraft der breiten Massen wirken will. Er denkt wie sein großer Namensvetter

an die Selbsteinstellung durch den Glauben. Wir bewilligen aber nur die Selbsteinstellung durch gute Werte (Heiterkeit) und die können wir von den Männern dieser Regierung nicht erwarten. Wir können zu diesem Kabinett nicht das Vertrauen haben, daß es die in der gestrigen Kanzler-Erklärung gegebenen Versprechungen einlöst. In dieser Regierung sitzt Dr. Geibler, der Beherrschter von Ewigkeit zu Ewigkeit (Heiterkeit und Heiterkeit). Neben diesem nicht ganz zweifellosen Republikaner sitzt es ganz zweifellos Monarchisten wie Schiele, von Soulehen und Dr. Neuhaus. Dr. Neuhaus hat jetzt als Minister den Eid auf die republikanische Verfassung geleistet, den er einst als Staatssekretär verweigert hat. Der Preis ist ihm schon eine Messe wert, wenn er dafür in eine Regierung eintritt, die zu betrachten ist als eine Gewissenskur für die Monarchie (Zurück rechts: Gott sei Dank! Große Bewegung links und Mitte: Jetzt haben wir den rechten Kathen. Wir werden diesem ausgesprochenen Reichskabinett in schärfster Opposition gegenüberstehen und werden gemeinsam mit den arbeitenden Massen außerhalb des Parlaments alle Kräfte aufbieten, um es durch eine republikanische Regierung zu ersetzen. (Gehefter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Präsident Rebe teilt mit, daß von den Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei, dem Zentrum, der Bayerischen Volkspartei und der Wirtschaftspartei ein Antrag eingegangen ist: „Der Reichstag billigt die Erklärung der Reichsregierung. Von den Sozialdemokraten und Kommunisten sind Anträge eingegangen, in denen der Regierung das Mißtrauen des Reichstags ausgesprochen wird. Der Antrag der Kommunisten hat folgenden Wortlaut: „Die Reichsregierung besitzt nicht das Vertrauen des Reichstags, dessen sie nach Artikel 54 der Reichsverfassung bedarf.“

Abg. Graf Westarp (D.N.)

erklärt sich bereit, den Antrag auf Billigung der Regierungserklärung anzunehmen, um der Regierung es zu ermöglichen, die Geschäfte des Reiches zu führen. Wir haben dem Eintritt von Parteimitgliedern und eines Fraktionsmitglieds in das Kabinett zugestimmt. Leicht ist uns dieser Entschluß nicht gemacht worden (Lachen links). Es war nur durch weitestgehendes Entgegenkommen von unserer Seite, durch schwere Opfer unserer Ansprüche möglich (Erneutes Lachen links). Das Ergebnis der neuen Regierungsbildung bedrückt uns nicht vollkommen. Es ist ein Anfang, ein erster Schritt, ein Versuch, keine endgültige befriedigende Lösung (Großes Gelächter links). Der letzte Anteil an der Regierung entspricht nicht der Tatsache, daß wir die weitaus stärkste Regierungspartei sind (Lachen links). Wir hätten ein direktes Vertrauensvotum gewünscht im Einklang mit dem Reichskanzler und der Deutschen Volkspartei. Leider hat sich das Zentrum diesem Gedanken verweigert. Wenn damit durchaus eine loyale Verbindung zum Ausdruck gebracht werden soll, so nehmen wir das gleiche Recht für uns in Anspruch, nicht voll gebunden und verantwortlich zu sein (Lachen links). Politisch legen wir den entscheidendsten Wert darauf, daß auch die anderen Parteien ebenso wie wir die Annahme der Billigungsformel in voller Gesinnung aussprechen (Hört, hört!). Der Redner erklärt, daß sein Vertrauen in die Haltbarkeit und Brauchbarkeit dieses Regierungsaufbaus im Reich wesentlich davon abhängig sein wird, ob das Zentrum in Preußen an dem Bündnis mit Braun und Seegering festhalten will (Bewegung und lebhafter Unruhe). Auch sachlich bedeutet eine sozialistische Regierungsgewalt in Preußen schwerste Demütigung für die von der neuen Regierung beabsichtigte sachliche Arbeit im Reich. (Großer Beifall rechts.) Nur der Umstand, daß die Deutsche Volkspartei in Preußen Schulter an Schulter mit den Deutschnationalen steht, hat es diesen überhaupt ermöglicht, im Kabinett teilzunehmen. Kein Politiker zweifelt daran, daß nach der Aufdeckung des Kartellkompromisses eine Neuwahl für die Mitte endgültig verhängend sein würde (Gehefter Widerspruch bei den Sozialdemokraten). Die bevorstehende Reichspräsidentenwahl wird diese Voraussage bestätigen.

Beachtenswert sei der Entschluß, der für die Deutschnationalen maßgebend war, endlich zur sachlichen Arbeit zu kommen, wenn die Sozialdemokratie die Unabhängigkeit wahr und der Reichstag durchaus sachliche Arbeit leistet. Beachtenswert sei auch das Bekenntnis zur christlichen Grundlage unserer Kultur (Beifall rechts). Mit eisernen Beinen müßte Staubseife und Reinheit des öffentlichen Lebens wieder hergestellt werden. In den Angelegenheiten des inneren Lebens geht es besonders die bessere Beachtung des inneren Lebens der Bundesstaaten und die Befreiung und Förderung der unterständlichen Bewegung. (Gehefter Beifall links.) Bei den finanziellen und sozialpolitischen Aufgaben sei Vorsicht am Platze, um nicht erneut die Krise einer Kreditinflation herbeizuführen. Ohne Festigung der gesamten Volkswirtschaft und ohne Befestigung der Verhältnisse in der Handlung, Zahlungs- und Binnenwirtschaftsbilanz seien gesunde Verhältnisse nicht zu schaffen.

Der Redner stützt dann die Aufgaben des neuen Kabinetts: Eine gesunde Agrar- und Mittelstandspolitik, Schaffung einer Steuerreform usw. Zu den von der Regierung angelegten Gesetzentwürfen behalte sich seine Fraktion die Stellungnahme vor. Der Redner kritisiert dann die bisherigen Handelsvertragsverhandlungen, in die man mit völliger Planlosigkeit hineingelassen sei. Das Bedrückte müsse hier nachgeholt werden. Der Redner fordert, daß der innere Markt nach bismarckischem Muster durch Schutz- und Ausgleichsgebühren wird. Die Folgen des Londoner Abkommens bezeichnet der Redner als unerträglich und unerträglich. Die Regierung müsse die notwendigen Veränderungen des Abkommens durchsetzen. Die Nichträumung der Kölner Zone sei ein Rückfall in die Sanctionspolitik. Die Entwaffnungsfrage sei für die Alliierten nur ein Vorwand. Der Redner weist in diesem Zusammenhang auf den neuen Rechtsbruch im Osten hin und fordert Gegenmaßnahmen der Reichsregierung. Das Handelsvertragsproblem wird so lange nicht gelöst, bis die Wiederholung des Schuldbekenntnisses bringen. Für die amtliche Widerlegung der Kriegsschuldfrage würden die Deutschnationalen allen Einfluß einsetzen. Selbstverständlich müsse die Verfassung anerkannt werden und ebenso selbstverständlich werde keine Veränderung durch Gewalt beabsichtigt. Aus der Regierungserklärung sei zu schließen, daß eine Nachprüfung mit dem Ziel der inneren Gesundung erfolgen solle. Dabei müsse besonders das Eigenleben der Länder beachtet werden. Auch auf dem Gebiet der äußeren Politik müsse man an den letzten Grundfragen und Zielen festhalten. Das Deutsche Reich könne sich durchsetzen, wenn dahinter ein fähiger Wille des ganzen Volkes stehe, der Wille zur Macht des Staates. Der Redner fordert einen festen nationalen Willen, der darauf gerichtet ist, Nation und Reich von Schmach und Knechtschaft zu befreien. (Gehefter Beifall.)

Präsident Rebe ruft den Abg. Graf Westarp (D.N.) nachträglich zur Ordnung, weil er auf einen Zurschneidenden Dittmann (Soz.), der sich auf Heisterlich bezog, mit einem scharfen Ausdruck erwidert hatte. Wegen gegenseitiger Zurufe zwischen den Abg. Graf Westarp und Abg. Stübgen (Soz.) werden beide nochmals zur Ordnung gerufen.

Abg. Lehrenbach (Soz.)

berleiht eine längere Erklärung der Zentrumsfraktion, in der es heißt: „Aus Gründen, die wir nicht zu verurteilen haben, sind die beiden Möglichkeiten einer starken und ausgeglichener Regierungskoalition vorerst zurückgeworfen. Unter diesen Umständen mußte die Fraktion befinden, die von ihr als richtig erkannte Politik auch im Rahmen einer Minderheitsregierung durchzuführen. Im Gefolge der Aufkündigung der Koalition durch die Deutsche Volkspartei sind aber alle Bemühungen des Reichskanzlers Marz an Widerständen gescheitert, an denen das Zentrum keinen Anteil hat. Demnach wurde ein neues Kabinett ohne jede auch nur personale Verbindung gegenüber gestanden hätte, was an sich schon der durch die Haltung der Reichsparteien bedingten Verantwortung durchaus entspricht. Angesichts der Gefahr einer längeren Sinausögerung der Krise hat die Fraktion jedoch aus staatspolitischen Erwägungen heraus sich den erforderlichen Entschluß abgesehen, unter Vorbehalt aufmerk-samer Prüfung der künftigen Politik und unter Ablehnung jeder fraktionellen Gebundenheit in eine persönliche und bestmögliche Beteiligung des neuen Kabinetts einzugestimmen. Die Fraktion tritt in diese neue Regierungsperiode ein mit ersten Sorgen für die Weitergestaltung der Geschäfte Deutschlands. Diese Sorgen sind vermehrt durch die ernste außenpolitische Lage, die wir nun mit der neuen, noch nicht erprobten Regierung übernehmen müssen. Die Fraktion erwartet, daß der neue Reichskanzler gewillt ist, die Folgerichtigkeit des bisherigen außenpolitischen Kurses zu beachten und einzuhalten. Sie gibt der bestimmten Erwartung Ausdruck, daß die realpolitische Einheit des neuen Kabinetts sich durch keine Kräftegruppe seines Kabinetts nach einer Richtung abtrennen lassen wird, in der wir ihm sachlich nicht mehr zu folgen vermöchten, das gilt nicht nur für die Außenpolitik, sondern auch für unsere Voraussetzungen verfassungsgerechter, wirtschafts- und sozialpolitischer sowie kulturpolitischer Arbeit. Die Erklärung betont dann die Förderung, dem Christentum als überlegenem Kulturfaktor den gebührenden Einfluß einzuräumen. Die Fraktion lege den größten Wert auf die Verwirklichung des Reichsstaatsgesetzes und die Aufrechterhaltung des Bekenntnisstaatsgesetzes. Die Fraktion werde die Regierung nicht nach ihren geistigen Worten, sondern nach ihren Taten beurteilen. Träglicher Bedenken ist sie gewillt, auf Grund der abgegebenen Regierungserklärung das neue Kabinett seine Arbeit beginnen zu lassen. (Große Heiterkeit links.)

Abg. Dr. Scholz (D.N.)

Wir begrüßen das neue Kabinett, nämlich bedauernd, weil unser Volk einmal eine verantwortliche Regierung braucht (Gehefter Beifall links). Sie sind ja der Schuldige an den Krisen, dann aber auch, weil dieses Kabinett sich im Gegensatz zu den vorhergegangenen unter den auch von uns hochverehrten Kanzler Marz auf eine starke und sichere Weisheit stützen kann. (Lachen links.) Auch wir werden die Taten der Regierung abwarten. Das ist kein Mißtrauensvotum, sondern entspricht dem mit dem neuen Kabinett eingeführten System der Vertrauensmänner. In der Außenpolitik wünschen wir die Fortsetzung des von Dr. Stresemann so erfolgreich eingeleiteten Kurses. Wir erheben den schärfsten Protest gegen den Vertragsbruch, den die Nichträumung der Kölner Zone zweifellos darstellt. Dem Eintritt in den Weltkrieg und in den Weltkrieg haben wir nicht ungerne absehend gegenüber, aber wir billigen es auch, wenn die Regierung den Zeitpunkt dazu noch nicht für gekommen erachtet. Wir beantragen die Einsetzung eines Ausschusses zur Nachprüfung der Weimarer Verfassung, besonders in Bezug auf das Verhältnis des Reiches zu den Ländern und Gemeinden. Notwendig ist eine Reform des Wahlrechts, in erster Linie eine Neuorganisation des Wahlalters. (Beifall rechts.) In der Aufwertungsfrage wünschen wir die baldige Aufnahme des Zinsdienstes für die öffentlichen Anleihen unter Ausschluß der Zinsfiktions- und Aufwertungsgeheimnisse, ferner eine angemessene Erhöhung der Aufwertungsätze über die dritte Steuernotverordnung hinaus. Wir erwarten von der neuen Regierung eine gesunde nationale Kreditpolitik. Wir wenden uns gegen das sonst mißbrauchte Wort von Bürgerlosheld. Wir meinen keine Gegenstände zwischen Bürger und Arbeiter, wir meinen nur Deutsche, weil wir alle Kräfte des deutschen Volkes zusammenfassen wollen. Darum werden wir die darauf gerichtete Arbeit der neuen Regierung unterstützen. (Beifall rechts.)

Abg. Frau Goltz (Nuth Fischer) (Komm.)

Die heutige Erklärung des Kabinetts Westarp war inoffiziell ein offenes Bekenntnis zur Monarchie, während Herr Luther gestern bezüglich der Tatsache versprochen wollte, daß sein Kabinett tatsächlich von den Deutschnationalen beherrscht wird. Die Sozialdemokraten spielen Komödie mit ihrer Opposition, Komödie waren auch die nationalistischen Redensarten Westarps. Herr Stresemann wollte nur den Kleinbürger davon ablenken, daß die Deutschnationalen ihn als Sklaven an das ausländische Kapital verkaufen haben. (Beifall bei den Kommunisten.) Die Rednerin bekämpft dann den Vertrag mit den Kommunisten. Sie erwartet Rettung nur vom Klassenkampf der roten Front des Proletariats. (Beifall bei den Kommunisten.) Als die Rednerin von der Zuchthausrepublik spricht, wird sie zur Ordnung gerufen.

Die Besprechung wird hierauf unterbrochen. Ohne Debatte wird dann in allen drei Redaktionen der Gesetzentwurf über das Reichsdiensteamt für Streitkräfte zwischen Ärzten und Krankenschwestern angenommen.

Am halb 6 Uhr verläßt sich das Haus auf Mittwoch 2 Uhr nachmittags: Fortsetzung der politischen Aussprache.

Zur Erklärung des Zentrums

Berlin, 21. Jan. (Eig. Kundendienst.) Zu der Erklärung, die im Namen des Zentrums in der gestrigen Reichstagsitzung der Abgeordnete Lehrenbach abgegeben hat, schreibt der „Vorwärts“: „Es ist ein offenes Geheimnis, daß die abweisende, doch zunächst die Annahme eines Billigungsvotums anerkennende Erklärung Lehrenbachs einem Teil der Partei bei weitem nicht genügt. Dieser Teil der Partei wollte die Erklärung nicht mitmachen und trägt sich mit der Absicht, die abweisende Haltung auch offiziell zu begründen.“ Das Blatt fährt fort: „Ob diese Regierung länger lebt, oder ob sie stirbt, hängt vom Zentrum ab. Vom Zentrum hängt es ab, ob diese Monarchistenregierung in der Republik solange das Rad drehen soll, bis äußere und innere Katastrophen eintrifft. Vom Zentrum hängt es ab, ob sich in Deutschland weiter Dinge entwickeln werden, die sich unter dem Gelächter der Welt und der Schadenfreude der Gegner Deutschlands in letzter Zeit abspielen.“

Die „Allg. Volkszeitung“ schreibt am Montag abend zu dem neuen Kabinett: „Das Kabinett ist frei, und die Parteien sind frei. Wir legen unzerstörlich auf diese Feststellung den entscheidenden Wert, weil wir jede Handlungs- und Bewegungsfreiheit haben können, ohne uns diesem Kabinett gegenüber nach abstraktem und gerechtem Urteil abzuwenden zu müssen. Es werden die Sorgen des Löwen und die Erfahrungen des Kabinetts Cuno . . . Wir vertreten mit der gleichen Bedeutung und Klarheit, wie wir es bisher getan haben, den Kurs der bisherigen Mitte und übersehen diesen Begriff da-

hin, daß in ihm die der Erledigung harrenden Aufgaben der sozialpolitischen Gesetzgebung, der stetenigen Belastung und der wirtschaftlichen Wiederaufrichtung in Angriff genommen und gelöst werden nach dem Grundgedanken der christlich-sozialen Gerechtigkeit und des vollen Aussetzes zwischen den arbeitenden und besitzenden Gruppen, in die das Volk zerfällt, das nach außen hin keine Politik nationalstaatlicher Ueberbühnung und Kadulst und der Unvollkommenheit getrieben wird, sondern unter Wahrung der ganzen nationalen Ehre eine Politik der Wiederaufbauführung der im Krieg auseinandergerissenen europäischen Völker zur Befriedung und Verständigung.“

Eine im Reichstag eingebrachte sozialdemokratische Anfrage zum Bezug auf die auf Grund des Londoner Abkommens erfolgte Annahme der Grenzfragen und fragt die Reichsregierung, ob sie nicht die deutschen Staatsbürger, die wegen ihrer Beteiligung an den Kriegen, deren tiefere Ursache in der Zeit und der Regierung gelegen hätte, mindestens ebenso behandeln könne wie die separatistischen Landesregierungen.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat folgende Interpellation eingebracht:

Seit Monaten wird dem Großadmiral v. Tirpitz, Reichstagsabgeordneter und Ehrenvorsitzender der deutschnationalen Reichstagsfraktion, öffentlich vorgehalten, er habe sich widerrechtlich amtliche Dokumente angeeignet und sich Abschriften solcher Dokumente beschafft, um sie schriftstellerisch zu veröffentlichen und zu veröffentlichen.

Dat die Reichsregierung ermittelt, ob im Reichsmehrministerium, Marineabteilung und im Auswärtigen Amt wichtige amtliche Schriftstücke fehlen und sich im Besitz des Großadmirals v. Tirpitz befinden? Hat die Reichsregierung ein Ermittlungsverfahren wegen widerrechtlicher Aneignung amtlichen Materials veranlaßt? Hat die Reichsregierung Sicherung getroffen, das Großadmiral v. Tirpitz amtliches dokumentarisches Material ohne Erlaubnis der zuständigen Behörden nicht mehr veröffentlicht?

Der Konflikt Polens mit Danzig

Von unserem Warschauer Korrespondenten

Der immer noch bestehende Konflikt zwischen Polen und Danzig ist in mehr als einer Hinsicht für Polen charakteristisch. Der Sachverhalt ist bekanntlich folgender: Der Friedensvertrag gesteht Polen zu, im Danziger Hafen zur unmittelbaren Verbindung mit Warschau ein Postamt zu unterhalten. Bereits im Jahre 1922 ist die Streitfrage aufgetaucht, ob Polen bezugs sei, einen darüber hinausgehenden Postdienst in Danzig einzurichten. Der damalige Völkerverbundskommissar Salins hat diese Frage klipp und klar verneint. Nun hat vor kurzem der polnische Vertreter in Danzig, der den jüdischen „General-Kommissar“ trägt, über Nacht an einer Reihe von Häusern polnische Briefkästen anbringen lassen. Darüber ungeheure Erregung in Danzig. Die Briefkästen wurden schwarz-weiß-rot angegriffen. Darüber wieder lobt die Warschauer Presse; die „Gazeta Worskowska“ schreibt ungenügend, daß Polen wohl auch möglich sei, was Litauen mit Remel geklärt sei. Der Danziger Senat entschuldigt sich jedoch und eine Entschuldigungsverpflichtung tritt ein. Der polnische General-Kommissar weigert sich aber, auf Aufforderung des Völkerverbundskommissars M. D. O. n. I. I. zu verzichten. Als dieser daraufhin erklärt, er werde den Danziger Senat mit der Entfernung beauftragen, kommt die polnische Volksseele ins Kochen. Die Gefahr, daß aus dem Konflikt ein Zusammenstoß mit unüberwindlichen Folgen entsteht, ist noch nicht abgeklungen.

Die Darstellung des Sachverhalts zeigt, daß Polen den Konflikt in einer Weise provoziert hat, die seinem außenpolitischen Aufsehen nur schaden, den Frieden im Osten aber direkt gefährden kann. Polen hat sich über zwei Entscheidungen des Völkerverbundes, die Salins im Jahre 1922 und die neuerliche Mac Donells, glatt hinweggesetzt. Wenn man in der Warschauer „Gazeta Worskowska“ liest, daß die konterrevolutive Regierung sich wohl Danzig nicht sehr annehmen werde — nebenbei, eine zweifellos irrtümliche Vermutung —, so könnte fast der Gedanke aufkommen, daß man in Warschau die Provokation Danzigs gewollt hat, um für den Fall, daß England Danzig nicht schützen würde, die Selbständigkeit Danzigs in der einen oder anderen Weise einen Stoß zu verfehlen.

Man sieht an diesem Beispiel wieder, welche Gefahren die ungeklärte Grenzziehung der Sieger von Versailles in Polen in sich birgt. Daß Polen weit über seine ethnographischen Grenzen hinaus mit Gebiet und Einflusssphären bedacht worden ist, hat zum guten Teil die imperialistischen Tendenzen Polens nach sich gezogen, wie sie sich gerade in diesen Tagen in dem Anspruch zeigen, den Polen auf den litauischen Kreis Allst erhebt. Polen, das heute schon zu wenigstens 40 Prozent fremdtätige umfaßt, glaubt an jedem seiner Nachbarn auch berechtigete Gebietsansprüche zu haben!

Der Völkerverbund aber steht vor der schweren Aufgabe, in dem Konflikt zwischen Danzig und Polen seine Autorität und Danzigers Rechte zu wahren.

Aus Ostpreußen wird uns geschrieben: Die Entscheidung über die Frage des Ausgangs Ostpreußens zur Weichsel, die der Völkerverbund für sich selbst, hat in der Weichsel, im Reichstag und in der Bevölkerung Ostpreußens, besonders von rechtsstehender Seite, eine Fülle von Protesten zur Folge gehabt. Diese Proteste gehen aber sämtlich von einer irrigen Voraussetzung aus. Die Forderung des rechten Weichselufers mit fünf Dörfern an Polen ist bereits vor Jahr und Tag erfolgt. Der Völkerverbund hat nie einen Zweifel darüber gelassen, daß er diese schon unmittelbar nach der Abstimmung 1920 getroffene Entscheidung als endgültig ansah, so unanfechtbar diese Entscheidung aus juristischen, politischen und wirtschaftlichen Gründen auch ist. Der jetzt vorliegende Spruch des Völkerverbundes enthält dagegen nur die praktischen Bestimmungen über die Rückfragen, den Devisen usw., kurz, die Vorschriften, die wegen der abnormen Grenzziehung, die Polen einen schmalen isolierten Streifen am Ufer der Weichsel gibt, Ostpreußen aber den unmittelbaren Zugang zur Weichsel verwehrt, nötig sind. Auch diese Vorschriften sind unbedingten. Immerhin haben aber die deutschen Proteste einige Verbesserungen gegenüber der vorliegenden Regelung der gleichen Fragen vom Dezember 1923 erreicht.

Der Personenabbau

Berlin, 21. Jan. Dem Reichstag ging eine Ernennungsurkunde über den Personenabbau zu. Demnach wurden vom 1. Oktober 1923 bis 1. Oktober 1924 insgesamt abgebaut: In Reichsministerien 10 081 Beamte, 27 274 Angestellte und 4789 Arbeiter, bei der Post- und Reichsdirektion 73 970 Beamte, 4723 Angestellte und 28 948 Arbeiter.

Badischer Landtag

Beileidstundgebung für die Opfer des Eisenbahnunglücks in Herne — Protest gegen die Weiterbeschäftigung der Kölner Zone — Das Kalwert Buggingen — Förderung des Baues von Kleinwohnungen — Die badische Kraftverkehrs-Gesellschaft — Grenzliche Anfragen

7. Sitzung.

h. w. Karlsruhe, 20. Januar.

Nachdem der Haushaltsausschuß und die anderen Kommissionen einige Beratungen geleistet, hat heute nun das Plenum zu längerer Tagung zusammen. Eine frühe Arbeit wird zu erledigen sein. Zum in letzten Jahre erledigten und beschiedenen Voranschlag dürften wohl einige Nachträge kommen; eine Reihe weiterer wichtiger Gesetze sollen zu den bereits vorgelegten in Vorbereitung sein. Die Zahl der gedruckt vorliegenden Vorlagen ist bereits auf 80 gestiegen, die Zahl der nicht gedruckten Vorlagen, meist Anträge der Fraktionen, kleine und förmliche Anfragen usw. hat das erste Halbjahr erreicht. Wie man hört, sollen die Landesboten auch eine neue Regelung ihrer Listen beabsichtigen, es soll wieder zu dem bewährten System der Fortschreit zurückgekehrt und den Abgeordneten ein fester Monatsbezug gewährt werden. Auch über eine Reform der Verhandlungen des Landtags unterhalten sich die Abgeordneten. Es wird erwogen, ob es nicht wieder wie früher gehalten werden soll, wo nur vormittags der Landtag tagte und der Nachmittag für die Ausschüsse freiließ. Eine solche Reform würde nicht allein von der Presse lebhaft begrüßt werden, der bei den bisherigen Tagungsmethoden früher Unzufriedenheit zugeworfen wurde, sie würde auch dem Ansehen des Landtags wesentlich nützen, das bei der Art, wie bisher oft „gearbeitete“ wurde, wo die Vorlagen nur so durchgepeitscht wurden, oft wichtige Gesetze in Nachsitzungen bei Anwesenheit von ein paar Honoratioren verabschiedet wurden, sehr untergraben worden war. Leber die Dauer dieser Sitzungstagung des Landtags läßt sich natürlich nichts voraussagen. Das hängt ganz davon ab, wie groß die Arbeit wird, die noch zu bewältigen sein wird, wie groß das Geschick ist, mit dem die Abgeordneten ihre Aufgaben erfüllen, und wie sehr sich das hohe Haus von dem im Frühjahr fälligen Neuwahlen beeinflussen läßt. Je ruhiger und sachlicher die nach zu leistende Arbeit bewältigt wird, desto schöner wird das Andenken sein, das das Volk dem Landtag 1920—1924 bewahren wird.

Das Haus ist zu Beginn der Sitzung nahezu voll besetzt, die Regierung ist vollständig anwesend. Der Präsident eröffnet die Sitzung mit den besten Neujahrswünschen für das deutsche Volk und die badische Heimat. Demnach geht er, während sich das Haus von den Ehren erhebt, der Opfer des Eisenbahnunglücks in Herne, deren Angehörigen er die herzlichste Anteilnahme des badischen Volkes ausspricht. Ingleich spricht der Landtagspräsident unter Zustimmung des Hauses die Erwartung aus, daß der Ausbau im Eisenbahnbetrieb nicht so wie bisher weiter gehe, und in solchen Grenzen gehalten werde, daß die Sicherheit im Eisenbahnbetrieb nicht weiter gefährdet werde.

Darauf ergreift Staatspräsident Dr. Hespach das Wort zur Protesterklärung gegen die widerrechtliche Weiterbeschäftigung der Kölner Zone.

Die Erklärung hat folgenden Wortlaut:

Eine neue herbe Prüfung ist dem Volke am Rhein und damit unserm ganzen Reich auferlegt worden. Die sogenannte Kölner Zone, welche vertragsgemäß am 10. Januar ds. Jrs. auf die Räumung von den Besatzungsstruppen zu rechnen hatte, soll nach einer notifizierten Mitteilung der alliierten Mächte vorläufig weiter besetzt bleiben und damit den schwersten wirtschaftlichen Beeinträchtigungen, dem hartnäckigsten und weitestgehenden militärischen Druck fremder Besatzungstruppen überantwortet werden.

Die badische Staatsregierung empfindet das Bedürfnis, vor diesem hohen Hause zwei Empfindungen Ausdruck zu geben: der herzlichen Anteilnahme an dem bedrückenden Schicksal, das unseren rheinischen Volksgenossen auferlegt ist; und der tiefen Sorge darüber, daß nun aufs Neue eine Amtsherrschaft der Entnationalen die außenpolitischen Beziehungen der europäischen Nationen zu lähmen droht.

Darum legen wir gegen das, was an Köln geschehen ist, auch von dieser Stelle aus feierliche Verwahrung ein.

Es wird hierauf nach Verlesung der zahlreichen Eingänge in die Tagesordnung eingetreten.

Leber den Gesetzentwurf über die

Beteiligung an Kaligewerkschaften in Baden

erhielt Abg. Marum einen kurzen Ausschußbericht und stützt um Genehmigung der Vorlage. — Da über die Vorlage selbst auf Wunsch des Ausschusses aus bestimmten Gründen nicht in der Öffentlichkeit gesprochen werden soll, berichtet sich der Abg. Schäfer (Dem.) in langen und breiten Ausführungen über die Praxis und Transportverhältnisse der Dünemittel, deren Kern das Verlangen nach einer für die Landwirtschaft günstigeren Regelung einer Produktions ist. — Der Finanzminister gibt hierauf eine kurze Aufklärung. — Abg. Gähler (Komm.) wendet sich gegen die Preispolitik des Kalisyndikats. — Abg. Häger (Ztr.) hätte einen ausführlichen Bericht des Berichterstatters gewünscht. — Abg. Marum weist nochmals darauf hin, daß es nicht angängig ist, über diese Frage öffentlich längere Ausführungen zu machen, deshalb sei auch die Rede des Herrn Schäfer zu bedauern. — Das Gesetz wird einstimmig angenommen.

Die Regelung des Staatshaushalts für die Jahre 1924 und 1925

Die Vorlage betrifft bekanntlich die Herabsetzung der Steuern vom Grundbesitz und vom Gewerbebetrieb um ein Achtel. — Den Bericht des Haushaltsausschusses gibt Abg. Wittenmann; wir haben einen Auszug hieraus bereits gegeben. — Zu dem Gesetze sind einige Anträge eingegangen, die teils mit zur Beratung stehen, teils dem Haushaltsausschuß zur Beratung überwiesen werden. Leber die Frage, ob angeht dieser Anträge, die zum Teil für das Gesetz von besonderer Wichtigkeit sind, die Vorlage nochmals im Ganzen an den Haushaltsausschuß zurückverwiesen werden soll, oder zunächst mal das Gesetz als solches beraten werden soll, entspinnt sich eine längere Geschäftsordnungsdebatte, deren Ergebnis war, daß die Anträge und das Gesetz an den Haushaltsausschuß zurückverwiesen werden. Eine des Hauses geradezu unwürdige Debatte von nahezu einer halben Stunde entspann sich dann über die weltumwälzende Frage, ob am Nachmittag Fraktionsitzungen oder eine Sitzung des Haushaltsausschusses stattfinden soll. Nachdem sich die Erregung gelegt, die nach Ausführungen des Abg. Häger (Ztr.) sich in Heiterkeit wendete, wurde auf 3½ Uhr eine Haushaltsausschusssitzung festgesetzt, vorher können Fraktionsitzungen stattfinden. Da also die Förderung des Baues von Kleinwohnungen

Das Gesetz schlägt eine Umwandlung der bisher noch auf Bauplatz lautenden Summen von 200 Millionen Mark, in welcher Höhe die Regierung die Aufnahme von Hypotheken zur Förderung des Baues von Kleinwohnungen übernehmen darf, in eine

Summe von 5 Millionen Reichsmark vor; Abg. Wittenmann erstattet den Ausschußbericht. — Frau Abg. Anger (Komm.) erstattet um Herausgabe von Richtlinien über die Vergütung der Bürgerlichkeit. Das Gesetz wird einstimmig angenommen.

Leber die Denkschrift über die Entwicklung der badischen Kraftverkehrs-Gesellschaft

erstattete Abg. Wittenmann den Ausschußbericht. Wir haben das Wesentliche aus der Ausschußberatung bereits mitgeteilt; der Ausschuß beantragt, der Denkschrift zuzustimmen. — Die Kommunitäten beantragen die Ablehnung der Denkschrift.

Abg. v. Au (Landbb.) vertritt die Interessen der privaten Transportunternehmen, deren Schädigung er durch die Verkehrs-Gesellschaft fürchtet. Er wünscht deshalb Zurückstellung der Vorlage, bis die Interessenten gehört worden seien. — Minister des Innern Kemmle wendet sich gegen das Verlangen des Herrn v. Au. Die Tätigkeit der Gesellschaft sei beschränkt und soll eine wesentliche Ausdehnung nicht erfahren. Die badische Regierung befindet sich in einer Zwangslage, die Liquidation der Gesellschaft wird zuerst von der Reichsregierung nicht gemindert. — Der Verlagsantrag von Au wird abgelehnt. — Der Abg. Ritter (Komm.) lehnt die Vorlage ab. Die Gesellschaft habe den Zweck, mit ihren Wagen freireisenden Arbeitern in den Räten zu helfen. (1!) — Abg. v. Au (Landbb.) hält jedoch die Rede, die die Interessentenvertreter der Transportunternehmen nicht halten wollten; auch er ist gegen die Vorlage.

Minister des Innern Kemmle weist einige dumme Einwände des Abg. Ritter zurück. Gegenüber dem Abg. v. Au weist der Minister darauf hin, daß die Post auch Verkehrs-Institutionen unterhalte, wie auch die Bahn. Es geht nicht an, ausschließlich nur privatwirtschaftliche Rücksichten gelten zu lassen. — Der Antrag der Kommission wird abgelehnt, der Antrag des Haushaltsausschusses gegen 10 Stimmen der Kommunitäten und des Landbundes angenommen.

Es kommt zur Beratung einer förmlichen Anfrage der Volkspartei. Darin wird gefragt, was die Regierung zu tun gedenke, um beim Reich die badische Wiederaufnahme des Zinsens- und Schuldendienstes der badischen Eisenbahnkreditanstalten, und zwar auch der mit entwertetem Geld zurückbezahlten Stücke, durchzusetzen. — Begründet wird die Anfrage von Abg. Weber. — Ein Vertreter des Finanzministeriums beantwortet die Anfrage dahin, daß diese Frage nur im Zusammenhang mit der bevorstehenden Regelung des Aufwertungsproblems zu lösen sei und weiter in Verbindung mit der Regelung des Finanzausgleichs. Eine Verbesserung der Anfrage fand nicht statt.

Am 1/2 Uhr wird die Sitzung abgebrochen und die Weiterberatung auf Mittwoch vormittags 9 Uhr festgesetzt.

Die Gewerbesteuerunterstützung

In der gestrigen Landtags-Sitzung verlas der Präsident folgendes Schreiben des Ministers Kemmle:

Auf die vom Badischen Landtag in seiner 2. Sitzung vom 7. November 1924 zu dem Antrag des Abg. Darmann und Gen. die Erhöhung der Gewerbesteuerunterstützung betreffend, angenommene Entschließung hat der Herr Reichsarbeitsminister mit Schreiben vom 3. Dezember 1924 IV 11059/24 nachstehende Antwort erteilt:

1. Die Gewerbesteuerunterstützung soll, wie Sie wissen, demnächst erhöht werden. Eine Steigerung um mindestens 50 vom Hundert kommt allerdings nicht in Betracht. Die Erhöhung wird vielmehr entsprechend den in der letzten Zeit bewilligten Lohnaufhebungen der Beamten, Angestellten und Arbeiter ungefähr 10 bis 15 vom Hundert betragen können.
2. Die Frage, ob die Kurzarbeiter von der Beitragspflicht befreit werden können, ist in meinem Ministerium bereits mehrfach Gegenstand von Erwägungen gewesen. Der Gedanke ist aber immer nicht weiter verfolgt, weil die Befreiung für die mit der Einziehung der Beiträge betrauten Krankenkassen unverhältnismäßig große technische Schwierigkeiten im Gefolge haben würde. Ich bedauere deshalb, der Entschließung des Badischen Landtags in dieser Hinsicht nicht nachkommen zu können.

Ich bemerke zu Ziffer 1, daß mit Wirkung vom 15. Dezember 1924 eine Erhöhung der Gewerbesteuerunterstützung von 10—15 Prozent eingetreten ist, bezüglich zu Ziffer 2 trete ich der Auffassung des Herrn Reichsarbeitsministers bei.

Aus dem Haushaltsausschuß des Badischen Landtags

Senkung der Grund- und Gewerbesteuer um ein Achtel

In der fortgesetzten Sitzung des Haushaltsausschusses am 16. Januar wurde in die Beratung des Gesetzentwurfes über die Regelung des Staatshaushalts für die Jahre 1924/25 eingetreten. Nach der Berichterstattung über die Vorlage durch den Abg. Wittenmann (Beitr.), der seine Ausführungen mit dem Antrag zur Zustimmung zur Vorlage schloß, wenn man auch im einzelnen weitergehende Wünsche habe, ergreift der Herr Finanzminister das Wort zu längeren Darlegungen über die Finanzlage Badens. Die bad. Regierung habe sich zur Vorlage entschlossen, trotzdem sie an sich ungenügend sei, weil die Regierungen es im allgemeinen den Parlamenten überlassen, Steuererhöhungen herbeizuführen. Die Regierung konnte aber auch ihrer Aufgabe nach, die sie in Berlin bei den Beratungen über den vorläufigen Finanzausgleich für das Jahr 1924/25 gemacht habe. Baden sei aber das einzige Land, das an eine tatsächliche Steuererhöhung herantreten sei. Namens der Regierung könne er aber gleichzeitig erklären, daß weitere Wünsche nicht erfüllbar seien; insbesondere sei eine Ermäßigung der Gebäudebesitzersteuer nicht möglich, weil in Baden, trotz Erhöhung der geschuldenen Miete, eine Erhöhung der Steuer nicht eingetreten sei, vielmehr durch Erhöhung der Miete die Miete der Hausbesitzer erhöht worden sei. Baden habe die niedrigste Gebäudebesitzersteuer aller Länder, trotz gleicher Höhe der geschuldenen Miete. Er müsse aber auch feststellen, daß trotz der Senkung der Steuern in Reich und Land er bei den Städten und Gemeinden keine Gegenliebe für eine gleichzeitige Senkung vorgefunden habe. Die Regierung siehe aber auf dem Standpunkt, trotzdem das Neugezogene zu tun, um Erleichterungen zu schaffen.

Die finanziellen Verhältnisse des Jahres 1925 seien noch gänzlich unklar; es sei noch völlig ungewiß, ob der vorgesehene neue Finanzausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden bis 1. April in Kraft treten würde, es sei ein totaler Umbau der Steuergehalte vorgesehen, es sind bereits 10—12 neue Steuererleichterungen in Vorbereitung. Er bitte also, beim Herantreten an den vorliegenden badischen Gesetzentwurf in allen Wünschen und Anträgen sehr vorsichtig zu sein und könne nur nochmals wiederholen, daß jeder Länderfinanzminister dem Jahre 1925 mit sehr großer Sorge entgegenstehe.

Von sozialdemokratischer Seite wurde erwidert, daß die Verhältnisse in den Gemeinden, besonders großen Städten, sehr verwickelt gelagert seien, um nach allgemeinen Grundsätzen größere Aufgaben wie früher, so soziale Fürsorge, Kleinrentner, Arbeitsbeschäftigung und Wohnungsfrage, Aufgaben, die heute viel größere Mittel erfordern, als die Städte früher für Schuldzinsen ihrer Anleihen aufzubringen hatten. Im allgemeinen

scheint aber der hier vorliegende Gesetzentwurf das richtige zu treffen und der bad. Regierung und Finanzverwaltung gebühre Dank dafür, daß sie auch hier den richtigen Zeitpunkt für die Steuererleichterung gewählt habe, trotzdem auf dem Wirtschaftsmarkt eine Minderwirkung der Steuererleichterungen in Reich und Ländern nicht zu verzeichnen sei, im Gegenteil eine neue Preissteigerung allgemein zu verzeichnen sei.

Der Herr Finanzminister gab sodann noch Aufschluß über die Wirkung der vorgesehenen Ermäßigung der Grund- und Gewerbesteuer, die die Hälfte der vierten Fälligkeitssumme, des 15. Februar, somit ein Achtel der Gesamtsteuerlast betrage, und einer Ermäßigung von 5 Millionen Mark entspreche. Zur Grund- und Gewerbesteuer seien 4,7 Milliarden veranlagt, zur Gebäudebesitzersteuer aber nur 3,6 Milliarden, also hier eine Ermäßigung des veranlagten Steuerkapitals um 1,1 Milliarden, die vornehmlich den landwirtschaftlichen Gemeinden zuzumute. Die Veranlagung zur Gebäudebesitzersteuer sei folgende:

1. in den 12 größten Städten 3430 Millionen; 2. in den 45 größeren Gemeinden und Städten 440 Millionen; 3. in 389 Gemeinden (1000—1000 Einwohner) 505 Millionen; 4. in 1850 Gemeinden (unter 1000 Einwohner) 257,6 Millionen.

Der Landessatz an 1924 betrage:

Bei D. 3. 1. 621 856 M monatlich; bei D. 3. 2. 112 087 M monatlich; bei D. 3. 3. 128 702 M monatlich; bei D. 3. 4. 64 887 M monatlich.

Der Landesanteil betrage somit monatlich 928 000 M, von den landwirtschaftlichen Gebäuden rund 102 000 M, alle übrigen Gebäude aber rund 826 000 M aufbringen würden, eine Folge und Wirkung der Freigrenze und der Staffelung. Diese Ausführungen machten im Ausschusse den größten Eindruck!

Am so überraschender kam dann der Antrag des Landbundes, die Grund- und Gewerbesteuer um weitere 5 Millionen senken, auf die Erhebung der 4. Rate ganz zu verzichten, die Ermäßigung also von ein Achtel auf ein Viertel zu erhöhen. Dieser Antrag wurde von der Lb. Volkspartei und den Deutschnationalen unterstützt, also von der Arbeitsgemeinschaft der Rechten.

Die Regierung erwiderte sofort, daß dieser Antrag völlig unannehmbar sei. Der Antrag sei um so verwunderlicher, als es gerade die gleichen Parteien seien, die der badischen Regierung am 8. August v. J. wegen ihrer Finanzgebarung, Senkung der Grund- und Gewerbesteuer um 3 Pfg., das größte Mißtrauen ausgesprochen hätten und heute nun mit dem Antrag kämen, über die Regierungsvorlage hinaus, die Grund- und Gewerbesteuer um ein Viertel zu senken. Auf diese in schärfster Weise abgegebene Erklärung zog der Landbund mit Zustimmung der Mitunterzeichner seinen Antrag zurück; der Landbund hat sich also keine Vorbeeren geholt.

Nach kurzen Ausführungen der übrigen Parteien wurde in der Gesamtsitzung die Regierungsvorlage mit 16 Stimmen bei 3 Enthaltungen (Kommunisten, Landbund und wirtschaftliche Vereinigung) angenommen. (Diese sind also gegen die Steuererleichterung der Grund- und Gewerbesteuer!)

Weiter wurde der Gesetzentwurf über die staatliche Verbürgung von Hypotheken zur Förderung des Baues von Kleinwohnungen, der eine Bürgerhaft von 5 Millionen Mark vorsieht, einstimmig angenommen.

Reiner wurde der Gesetzentwurf über die Beteiligung an Kaligewerkschaften in Baden einstimmig angenommen, ebenso die Denkschrift der bad. Regierung über die Entwicklung der bad. Kraftverkehrs-Gesellschaft mit allen gegen 1 Stimme bei einer Enthaltung.

Der Kulturkampf in der Tschechoslowakei

herborgehoben durch einen merkwürdigen Hirtenbrief des Bischofs

Aus Prag wird berichtet:

Die slowakischen Bischöfe haben einen Hirtenbrief erlassen, der die Sozialisten und Kommunisten sowie alle Freidenker in Acht und Bann erklärt. Nach diesem Hirtenbrief sollen alle in sozialistischen Organisationen stehenden Katholiken exkommuniziert werden. Die tschechoslowakische Regierung ist gegen die Urheber des Hirtenbriefes nicht eingeschritten. Dagegen haben die Gendarmereaktionen in der Slowakei gegen die Priester, die den Hirtenbrief verlesen haben, die Strafanzeige nach dem Gesetze zum Schutze der Republik erstattet. Am Donnerstag sollte der Ministerialrat einen Beschluß gegen die rebellierenden Bischöfe fassen. Es kam jedoch infolge des Widerstandes der Vertreter der tschechisch-kerikalen Volkspartei in der Regierung nicht dazu.

Inzwischen haben auch die böhmischen und mährischen eine Erklärung beschlossen, in der sie an Hand von allerlei Bibelzitat und päpstlichen Engheln aus dem Mittelalter beweisen, daß die slowakischen Bischöfe sich gegen das Gesetz nicht vergangen haben. Außer den Bischöfen befindet sich auch die tschechisch-kerikale Volkspartei in der Opposition. Die tschechische Regierung wollte die Trennung der Kirche vom Staat steppenweise durchführen und zu diesem Zwecke zunächst zwei kirchenpolitische Gesetze über die gemeinsame Benutzung von Kirchen und Friedhöfen sowie über den Laienunterricht in den Schulen vorlegen. Die tschechisch-kerikale Volkspartei hat dagegen plötzlich ihr Veto eingelegt und ihre Presse führt eine sehr selbstbewusste und drohende Sprache gegenüber den anderen Parteien, die mit der tschechisch-kerikalen Volkspartei die gegenwärtige alnationalen Regierungskoalition in der Tschechoslowakei bilden. Die freie Herausforderung der Kerikalen hat bei allen anderen Koalitionsparteien, besonders aber innerhalb der tschechischen sozialistischen Parteien ein scharfes Echo gefunden. Wenn nicht alle Angehörigen trügen, steht die Tschechoslowakei am Vorabend eines schweren Kulturkampfes.

Bayern, Schwarz-Weiß-Rot und Schwarz-Rot-Gold

Der Professor für die neuere Geschichte an der Berliner Universität Dr. Weinede sprach dieser Tage vor demokratischen Studenten Berlins über Republik, Bürgertum und Jugend. Er erzählte bei dieser Gelegenheit manche geschichtliche Tatsache und sprach manches mutige Reflektiert zum Staat von heute, wie man es aus dem Munde von Lehrern der „gebildeten“ Jugend leider allzu selten vernimmt. Dr. Weinede gab unter anderem auch einen kurzen Abriss der Geschichte der Parteien Schwarz-Weiß-Rot und Schwarz-Rot-Gold und erinnerte unter allgemeiner Heiterkeit daran, daß bei der Schaffung der Reichsverfassung im Jahre 1871 Bayern sich gegen die Reichsfarben Schwarz-Weiß-Rot stemmte und statt dessen Schwarz-Rot-Gold forderte.

Wer mag darauf zu zweifeln, daß, wenn die Farben der Republik Schwarz-Weiß-Rot geblieben wären, Bayern heute Schwarz-Rot-Gold verlangen? Bayerische Politik kennt immer nur die Opposition gegen das Reich und seine Einrichtungen!

Unterhaltung und Belehrung

Die Flüchtlinge

Roman von Johannes Linnankosti

7

Kachdruck verboten.

(Vorfetzung)

Die Uhr schlug eins. Reskitalo schrak zusammen, wie wenn er die Stimme der Sturmglocke vom Kirchturm gehört hätte.

Er hatte in einemfort gedacht: bis zum nächsten Schlag habe ich etwas gefunden. Glodenschlag auf Glodenschlag erfolgte, eine immer größere Dunkelheit hüllte sich um ihn. Er fühlte, daß er ganz nah war, ihn begann zu frösteln.

„Hat mich Gott ganz verlassen?“ seufzte er in seiner Bedrängnis. „Weshalb? Mander lebt, wie er will, kümmert sich nie um dein Wort, und du prüfst ihn doch nicht mit solcherlei Unglück. Ist dies recht?“

Da kam die Verzweiflung über ihn, eine entsetzliche Lust, die Ketten seiner Schande mit Gewalt zu sprengen. Sein Gesicht verzog sich, Schweißtropfen drehten sich auf seiner Stirn hervor, in der Tiefe seiner Seele rangen furchtbare Kräfte.

„Es muß geschehen — es muß befristet werden — ich zwingt sie dazu!“ flammte er vor sich hin.

Seine Frau hörte das seltsame Flüstern und setzte sich jählings auf.

„Nein, nein! — Weshalb nicht? — Nein, nein... Herr Gott!“ erklangen wieder die angstvollen Flüsterworte vom Tisch her.

Die Frau sprang erschrocken auf.

„Kustaa, Kustaa, was hast du denn...“

„Nichts — bete, bete!“

Reskitalo kniete neben dem Stuhl auf die Knie und begann, mit gefalteten Händen und während ihm die Schweißtropfen immerfort über die Stirn rannen, leidenschaftlich zu beten.

Die Uhr schlug zwei. Reskitalo sah da, vor Verzweiflung erstarrt. Der Kopf schmerzte ihn, er hatte keinen klaren Gedanken mehr.

„Wenn man wegzöge, weit weg!“ dachte er. Er fühlte daß dies eine Schande nicht nur für die Familie und die Verwandten, sondern für die ganze Gegend war, wozu in ganz Tavastland erzählt werden würde. Unter Wildfremden dagegen war es nichts, gar nichts.

Da hörte sein Herz auf zu schlagen — sein Gehirn durchguckte ein jäher Blitz.

Er stand wie betäubt auf und stürzte zu der Kommode, aus deren Schublade er ein kleines gedrucktes Heft hervorholte.

Es schien ihm gerade wie eine Fügung Gottes, daß er dieses Heftchen, das vor einigen Tagen mit der Zeitung gekommen war, ahnungslos aufgehoben hatte.

Er begann eifrig, mit blutrotem Gesicht darin zu blättern.

„Was hast du denn da eigentlich?“ fragte seine Frau sich aufsehend.

„Wart einen Augenblick,“ redete Reskitalo. „Ich glaube, ich habe jetzt etwas.“

Und er blätterte wieder. Hielt ein paar Finger zwischen einigen Blättern, suchte auf anderen, starrte vor sich hin, fragte sich hinterm Ohr um Blätterte weiter.

„Dies tat er lange Zeit, während seine Frau neugierig wartete. Dann zog er an einer Stelle mit dem Nagel ein kräftiges Zeichen an.“

„Jetzt ist es klar!“ sprach er schnell mit erleichterter Stimme. „Alles wird klar. Wir verkaufen Reskitalo und wandern weit von Tavastland weg.“

Die Frau sah ihn bestürzt an.

„Ja, so machen wir!“ fuhr Reskitalo mit zunehmendem Eifer fort. „Lutela hat Geld, wir können zum Beispiel drüben in Savolax für einen Spottpreis große Güter erstehen. Dort in dem Verzeichnis sind solche Duzendweise zu verkaufen. Niemand kennt uns dort, niemand weiß etwas, dort wird es auch mit Lutela wie von selbst klar werden, weil niemand da ist, der es ihm in die Ohren schreit. Und hier ahnen sie nichts, weder von dem Kind noch von sonstwas. Und das Kind kann dort sterben, alles kann ausgelöst werden.“

Die Frau überfiel ein Schauer.

„O weh, Kustaa, was du da denkst! Bei unsern Jahren in eine fremde Gegend? Wenn du dich nur nicht wieder irrt, wie in der Heiratgeschichte? Wenn es nur schlimmer wird! Und ist das denn recht, vor dem Gewissen?“

„Ja!“ sagte Reskitalo fest. „Es ist Gottes Wille, daß ich die Ehre meiner Familie rette.“

„Du wirst Gott wohl umsonst hier hineinmischen, Kustaa,“ seufzte die Frau, obwohl auch sie sich bereits erleichtert fühlte.

Reskitalo sah groß auf.

„Dies die Bibel!“ sagte er mit Nachdruck. „Alle, die für ihr Geschlecht und für ihr Volk mutig gewesen sind, haben Glück gehabt, von Kaleb an. Ich bin schwach und fränklisch gewesen, aber um diese Angelegenheit wage ich alles, denn das Leben währet einen Augenblick, ein guter Name aber bleibet in Ewigkeit!“

Seine Frau hatte immer noch Bedenken, doch konnte sie nicht umhin, ihren Mann bewundernd anzuschauen — sie hatte ihn noch nie so fest und entschlossen gesehen und so männlich reden hören. Sie wollte ihre Zweifel noch vorbringen. Aber da erbebte es in ihrem Innern so seltsam — wie wenn sie selber einmal gewünscht hätte, ihr Mann möchte gerade so sein, wie er jetzt war. Sie schwieg und blickte ihn nur an.

„Wie glaubst du denn aber, daß die Kinder darauf eingehen werden?“ fragte sie doch zweifelnd.

„Sie müssen!“ sagte Reskitalo kurz. „Und die Jungen werden es schon verstehen, denn sie haben selber einmal Nutzen davon, wenn sie größere Ländereien unter sich haben werden. Sei du nur ohne Sorge, ich werde schon alles richtig ordnen.“

Er schritt einmal in der Stube auf und ab. Dann setzte er sich auf den Betttrand und begann mit leiser Stimme seinen großen Plan in den Einzelheiten darzulegen.

IV.

Draußen herrichte herbstdunkle Nacht, aber im Eisenbahnwagen war es warm und hell.

Abgesehen von Reskitalo und Lutela war der Wagen fast leer. — Die beiden Männer kehrten von der Gutsaufreise aus Savolax zurück.

Reskitalo war in eine Ecke des Wagens gesunken, den Hut auf das eine Ohr gedrückt und die Arme schlaff im Schoß — er schien eingeschlafen zu sein.

Lutela aber sah da und lag emsig an seiner kurzen Pfeife. Er war nicht müde, obwohl es mit der Ruhe auf der ganzen Reise nicht zum besten bestellt gewesen war.

Diese Reise mit allem kam ihm ein wenig merkwürdig vor. Wie wenn er, der stille Mann der heimatischen Acker, jetzt von den trauten Furchen auf die langen, endlosen Felder der großen Welt übertreten sollte.

Es war so, daß sich sein früherer Schaffensdrang in diesem Sommer wieder erhoben hatte, nachdem er ein paar Jahre wie gelähmt gewesen war. Es war so, daß Reskitalo zu klein und viel zu fertig schien, nirgends konnte man ordentlich zugreifen. Aber solche Reisen wie die hier — wo man tagelang auf der Eisenbahn sitzen mußte!

Das ist ja gewiß ein vernünftiges Unternehmen, dachte er. Die jungen kräftigen Burden wachsen heran — die braunen Acker. Und dann der Brief von Kustaa Sontula, der trieb ebenfalls zur Eile, damit einem die gute Gelegenheit nicht entging.

Aber es kam ihm doch überstürzt vor. Man hatte nie Zeit gehabt, die Frage zu gründlich zu überlegen — so wie der Landmann zu tun pflegt: hinter dem Pflug von Furchen zu Furchen oder mit der Art unterm Arm auf dem Waldweg.

Die Frauensleute dort zuhause wundern mich am meisten! dachte er. Man sollte doch meinen, das Heimweh müßt bei solchen Sachen ein bißchen Einpruch erheben. Besonders bei der alten Frau... Nun, wer weiß, wenn sie auch jetzt so vom Besten ihrer Kinder redet — wer weiß?

Er blickte nach Reskitalo hin.

Dort ruhen die Fäden! dachte er. Das hatte er von Anfang an bemerkt. Ein solcher Eifer und solche Eile! Er blickte auf Reskitalos eingedrückte Brust, sein mageres Gesicht und seine schlammigen Glieder. — Wer hätte das von solch einem Manne geglaubt!

(Vorfetzung folgt.)

Soll der Arzt dem Kranken die Wahrheit sagen?

Diese Frage hat schon oft Mergle und Laizn beschäftigt, sie wird auch jetzt wieder in ärztlichen Zeitschriften wie in der Tagespresse erörtert. Die letzte Entscheidung wird immer das Gefühl des Arztes unter Berücksichtigung aller Interessen des Patienten zu fällen haben. Ein guter Arzt muß auch ein trefflicher Menschenkenner sein und die Seelenstärke seiner Patienten richtig einschätzen.

Paul Ehrlich, der Entdecker des Salvarsan, hat einmal seine Antwort auf obige Frage in folgende Sätze zusammengefaßt:

„Nach meiner Ansicht ist der Arzt allgemein verpflichtet, auf Wunsch des Patienten ihm klaren Wein einzuschütten; absolut notwendig ist das sogar, falls dem Patienten von der Kenntnis seiner Krankheit (gewissenhafte Befolgung der ärztlichen Vorschriften) Vorteile erwachsen. Dagegen können auch Fälle vorkommen, wo es im Interesse des Patienten gelegen ist, ihn über die Art der Erkrankung im dunkeln zu lassen (unheilbares Leiden), um nicht durch diese niederschmetternde Offenbarung die Blüte und den Lebensgenuss in nachteiliger Weise zu beeinträchtigen.“

Und der bekannte Neurologe Geheimrat Eulenburg äußerte sich wie folgt:

„Der Arzt ist nicht nur nicht verpflichtet, dem Kranken unter allen Umständen die Wahrheit zu sagen — sondern er ist auch in zahlreichen Fällen geradezu verpflichtet, ihm die Wahrheit vorzuenthalten. Diese Verpflichtung liegt für ihn überall da vor, wo es ihm im Interesse des Patienten selbst geboten erscheint. Er muß beispielsweise vielen Kranken gegenüber die von der Wissenschaft festgestellte Unheilbarkeit ihres Leidens verschleiern — darf sie ihnen auch auf noch so häufig wiederholtes, noch so eindringliches Fragen nicht zugeben. Der psychologische Scharfsinn, den wir vom Arzte zu fordern haben, muß und wird ihn die Fälle erkennen lehren, in denen es nützlich und sogar notwendig erscheinen kann, den Kranken über seinen Zustand und dessen verhängnisvolle Weiterentwicklung in mehr oder weniger vollständiger Täuschung zu erhalten.“

Eine besonders interessante Abhandlung hat seinerzeit der bekannte Leipziger Chirurg Geheimrat Payer in den „Leipz. N. R.“ veröffentlicht, und zwar als Antwort auf eine Abhandlung Hermann Vahrs, der in einem Heftchen der „Leipziger Medizinischen Nachrichten“ wozu für des Kranken Recht auf Wahrheit eingetreten war. Vahrs glaubte, daß einem nach Wahrheit strebenden und in Wahrheit lebenden Menschen nichts unerträglich sein könne, als vom Schicksal gleichsam überfallen zu werden, sich eines lebensbedrohlichen Zustandes nicht voll bewußt zu sein und diese Empfindung ausstoßen und ihr entsprechend handeln zu dürfen.

Diese Gedanken waren Vahrs am Totenbett Josef Raing gekommen, der vor seinem Einscheiden ein schmerzliches und spätes Erkennen der unabänderlichen Tatsache vorwurfsvoll in seiner Miene den erschienenen Freunde zeigte.

Antwärtend an diesen Fall führte nun Vahrs mit Temperament und nicht ohne Bitterkeit gegen die Ärzte aus, daß sie den sich ihnen amertreuenden Kranken jeherzeit volle Wahrheit nach besten Wissen und Gewissen schuldig seien!

Das Bestreben des Arztes, den Ernst der Lage zu beschönigen, wenn möglich zu verschleiern, sei ein schweres Unrecht, ja ein Verbrechen, eine Lüge. Es handle sich um ein vom Arzte selbst angemerktes, ihm aber keineswegs zukommendes Recht, das Denken und Empfinden, damit auch das Handeln eines Mitmenschen in von der Wahrheit abweichende Bahnen zu lenken und damit

eine Bevormundung, eine Beeinträchtigung der freien Willensbestimmung zu üben.

Demgegenüber erklärte Payer:

„Ein guter Arzt und Mensch zugleich wird seinen Kranken und seinen Angehörigen die Wahrheit in die richtige Form zu kleiden wissen. Wir hören in unserem Berufsleben eher einen Vorwurf, wenn wir einmal die Vorhersage zu schwarz gefärbt, als wenn wir selbst bei hoffnungsloser Lage immer noch einem, wenn auch noch so schwachen Hoffnungsstrahl den Eintritt ins Krankenzimmer gewährt haben...“

Der Körperlich Kranke, auch wenn er nicht fiebert und nicht deliriert, sondern aufweisend im Vollbesitz seiner geistigen Kräfte und klaren Verstandes ist, ist auch ein psychisch Kranker, der eigener Art der Behandlung bedarf.

Körperliches Kranke und Geisteskränkung stehen in viel intimeren Beziehungen, als es sich der Laie denken kann; auch wir Mergle wissen noch viel, viel zu wenig darüber.

Man fragt schon dafür, daß ein schwer Kranker nicht Bindungs Entscheidungen trifft, die angeht seines zu erwartenden Endes, um Unglück der Familie führen müssen, man läßt die notwendige Dosis Wahrheit mit dem Tropfen Salz da, daß dort einfließen, und auch der Kranke bekommt, soviel er nötig hat, davon. Der Kranke kommt zu seinem Recht, aber es ist ein Vorrecht des ärztlichen Standes, darüber zu entscheiden, von Fall zu Fall, von Mensch zu Mensch!... Die Beschränkung der praktischen Medizin haben es geradezu als ihre Berufspflicht an, auch dort, wo die Kunst — wie selber so oft — versagt, zu trösten und zu erleichtern, soweit es in ihrer Macht steht.“

Reif

Eine Nacht voll Nebel, dicht und schwer. Die Lunge wehrt sich gegen das Einatmen der biden Feuchtigkeit. Fern und Nahe leuchten die großen Lichter durch die düsteren Schwaden. Ein Auf und Ab wie von massigen Wellen geht durch die stille Meeres Luft.

Bis zum Morgen hat sich der unerbittliche Duft an allem, was draußen ist, festgesetzt. Er ist um die Dinge herum gefroren. Nun ist er als rauher kypalischer Überzug auf kalten Ästen und vollen Tännägen, auf Steinen und Eisenstücken, auf den Drähten, die sich hoch über Dächer hinspannen. Innerbüchlich hat sich der weisse Ebel um die getrennt noch jarten Blütenblätterchen der letzten blauen Rosen gelegt, die noch ihre verpöhlte Dose in freiliche und auf das unausbleibliche Sterben in Gebuld harren. Graue Spinnen hatten lustig viele kunstvolle Netze gebaut und den ganzen Dachraum des großen Gartens damit behängt. Heute früh schienen die Gemebe aus biden Silberfäden gesponnen. Weisheit leuchtend hingen die sonst Unsichtbaren im kalten Wintermorgen und verrieten der fleißigen Tischen heimliches Tun.

Weiß gebleibet hatten sich über Nacht Büsche und Sträucher, die überwinternde Laubwerk tragen. Die stolzen Blauannnen in der Anlage waren überdeckt von oben bis unten. Umhüllt jede Nadel von einem silbernen Reif. Bindenbäume, von dem mittelaltersähnlichen Früchten noch wie mit Perlengedängen gezieret, führten mit großen weißen Beeren behangen.

So war mit einemmale der winterliche Tod dahergekommen und hatte alles Lebende da bezaubert mit eisigen Tränen umflummert und ins lauchte Grob geholt.

Aber gegen Mittag hat sich ein mildere Luft, und ein garter Sonnenstrahl kühle den rauhen Überzug fort von Büschen, Sträuchern, Häusern und Drähten. Die spinnere baumelten, wieder in seinen grauen Fäden am Gartenzaun, dünn und kaum zu sehen.

Jetzt hält die Natur den Atem an. Sie wartet auf den weihen Winter, der bald ein dickeres sämmerliches und warmes Gewand schicklich über alles legen wird und mit Stolz die Schönheit neben der Strenge seiner Herrschaft zeigt.

Selene Wagner.

Kunst und Wissenschaft

Konzerte und Vorträge

Das Kammer-Quartett aus Berlin wurde im Saale der „Eintracht“ von der Konzertdirektion Feig Müller erstmals vorgestellt. Das Programm hatte zwischen Kammermusikern für Streichquartett von Wolfgang Amadeus Mozart (in G-Dur) und Anton Dvorak (in F-Dur) ein in den ersten Sätzen weitgehendes Quartett in D-Dur von Cesar Franck gelegt. In den Vorkriegsjahren empfand man diese Musik als neuwertig, heute kann man trotz einiger geistvoller Teile sagen: Sie langweilt fast.

Der Berliner Vereinigung mangelt es zunächst noch an technisch klarer Ausfertigung, an künstlerischer Disziplin und musikalischem Feingefühl. Das Spiel der Klarinetten beschränkt sich nicht auf schöner kammermusikartiger Einheit. Dabei sei zu gestanden, daß die Klarinetten als Einzelinstrumente betrachtet, ein sehr respektables Können einzuführen haben. Aufschreiung lernen gelernt, der es zunächst eben noch an der Gemeinlichkeit des Zusammenwirkens fehlt. Der Saal war mittelmäßig besetzt mit (wie man mir sagte) zur Hauptfache Operantien. Schöne Zeiten auch im Konzertleben! Eine Tatsache, die sich auch in anderen Städten bemerkbar macht!

Afred Koch hat auch wieder einmal in Karlsruhe vorüber und gab im Rahmen der von der Konzertdirektion Kurt Reuschel veranstalteten Meisterkonzerte einen Klavierabend mit Werken von F. Chopin. Wir bewunderten die von virtuosem Witz getragenen Wiedergaben der 4-moll Fantasia, der 6-moll Sonate und der Klavierstücke. Aber wir empfanden letzten Endes doch den Abstand von der Art, wie er Frederic Chopin aufspielt und spielt. Zwar hat er die genaueste Korrektheit im Technischen, auch den leidenschaftlichen feurigen Glanz, dagegen fast er seine Aufgaben nicht postvoll an, nicht aus immanenten Impuls heraus; sein Spiel ist mehr mit nachem Impuls auf disponierte Wirkung gestellt.

Der Konzabend der beiden Meister-Klavierinnen Effie Oberle und Martha Krüger aus der Tanzstunde von Richard Alexander hatte im Konzertsaal dank der sehr, sehr liebenswürdigen Einstellung des Publikums nach außen hin einen starken Erfolg. Die beiden Mädchen hatten ganz reizende Sächelchen gewählt. Von einer „Studie“ führten sie uns über den dankbaren „Ausaus“ zu der graziosen „Süßen Bewegung“ und zum „Epitaphium“ den beiden beiden Nummern. Wir möchten die kritische Feder liegen lassen, wenngleich beide Tanzersinnen Entwidlungsfähigkeiten brachten und nicht ohne rühmliches Empfinden sind, und zu liebenswürdiger Anerkennung und verständnisvollem Wohlwollen reiten. Lokal begrenzte Bedeutung, Freude jedoch des Publikums wie der tangenden Mädchen — es wäre hart, hier einige gallinge Worte darauf zu schreiben.

at.

Aus dem Freistaat Baden

Was hat die Republik von der Reichsregierung zu erwarten?

Ueber diese Frage lieh sich der badische Innenminister Gen. K e m m e l e am Schlusse einer Rede, die er auf einer Wahlkreisversammlung unserer Partei in Mannheim hielt, wie folgt aus:

Die Reichsregierung bleibt das Spiegelbild eines nicht abgeschlossenen, verfahrenen Reichstags. Sie wird der Ausschaltung der Reichsverfassung, wie man sie aus dem Vorwort des Reichsvertrages, dem Verfall des Reiches gegenüber kennen gelernt hat, keine Hemmung bereiten. Auch die Reichseinheit bleibt weiterhin gefährdet, und die militärischen Einflüsse auf die Politik werden weiterhin bestehen. Aus den Erlebnissen in Thüringen und in Sachsen weiß man, wie die Reichsgewalt jene Länder politisch einseitig behandelt, in welchen die rechtsorientierte Einstellung leidet.

Die Reaktion auf dem Gebiet der sozialen Gesetzgebung, von welcher man nach dem Ausgang der Reichstagswahl eine Abkehr erhoffen durfte, wird trotz der 3 Millionen starken Vermehrung der republikanischen Stimmen weiterhin anhalten. Eine Weiterentwicklung rechtsradikaler Verbände zum Zweck der Förderung des Revanchegedankens, wie sie von deutschnationalen Kreisen aktiv betrieben wird, dürfte zwangsläufig zu einer unzulänglichen Erfüllung der Aufgaben aus dem Friedensvertrag führen, so daß mit einer Entwicklung der europäischen Politik in die Sackgasse, wie zu Zeiten Cimos, zu rechnen ist.

Der Redner behandelte in diesem Zusammenhang die Auswirkung der rechtsorientierten Regierung auf die Völkerverhältnisse wobei Thüringen, Württemberg, Böhmen als Schulbeispiele angezogen wurden. Auch in Baden laßt das altliberale Bismarcktum wieder zur politischen Macht zu kommen. Der Redner ging schließlich auch auf die Auswirkung in der Sozialpolitik ein. Bedeutet diese Entwicklung Gefahr oder Untergang der Republik? So stellte schließlich der Redner die Schlussfrage; er meinte, diese Frage vernichten zu müssen, fügt aber hinzu, daß ein harter Kampf in den nächsten Jahren um die politische Vorherrschaft die logische Folge des Erlebten der letzten zwei Jahre sein werde. Die letzte Reichstagswahlkampagne habe bereits über alle politischen Streitfragen hinweg für den Entscheidungstag die einfache klare Form: „Die Schwarzen-Roten“ — „Die Schwarzen-Roten“ hinweg gebracht. Die Scheidung der Geister wird in dieser Richtung weitergehen und diese Entwicklung wird letzten Endes auch die Geschlossenheit der Arbeiterklasse auf politischem Gebiet zutage bringen. Vorläufige bedeute aber diese Entwicklung für die republikanischen Parteien, insbesondere für die Sozialdemokratie, im Reich politische Einfluslosigkeit; sie bedeute in außenpolitischer Beziehung das Einlaufen in die Sackgasse, wie bereits die Nichträumung von Köln durch die Engländer beweise, was doch nur das Resultat der Rechtsorientierung in der englischen Politik ist.

Grund zur Kleinmütigkeit liegt keine vor. Die Errichtung einer dritten Republik in Frankreich hat für dieses Nachbarland auch jahrelange Kämpfe zwischen Republikanern und Royalisten hervorgerufen, wobei nicht zuletzt auch die Justiz teilweise im Mittelpunkt des Treffens stand. Die über und über Jahre brachten in Frankreich die allerhöchsten politischen Erschütterungen, sie brachten aber auch die Verfestigung der republikanischen Staatsform.

Zum Schluß bemerkt der Redner, daß wir diese Zeit des Zurückgedrängtwertens zu nutzen haben, um die sich daraus ergebenden Kräfte zu sammeln. Vor uns steht die Präsidentschaftswahl im Herbst, welche die Verhältnisse in Baden den Einfluß unserer ganzen Kraft. Bis dahin haben wir uns zu rüsten, unsere Organisationen auszubauen, damit es möglich ist, an die uns noch zur Verfügung stehenden Reserven heranzukommen.

Wir haben die Kraft, noch mit frischem Blick in die Zukunft zu schauen, weil letzten Endes die Entwicklung in der ganzen Welt getragen wird von den Ideen, wie sie die Sozialdemokratie vertritt. Dann kommt eine Zeit, in der wir nicht mehr geduldet sind, sondern, in der wir die Mehrheit unseres Volkes hinter uns haben und wir dann die Politik machen können, die das arbeitende Volk befreit.

Mit lebhaftem Beifall stimmte die Konferenz diesen Darlegungen des Ministers zu.

Baden und die Rheinschiffahrt

Wie jetzt bekannt wird, hat die badische Regierung einen neuen Schritt bei der Reichsbahnübernahme in Berlin unternommen, um mit aller Energie die bestmögliche Gewährleistung von Umschlagstarifen für die Rheinflößen zu erreichen. Die badische Regierung hat in Berlin stärksten Einpruch gegen die Verschleppungstarife der Reichsbahnübernahme erhoben und hat dort keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie die Wahrung ihrer Rechte aus dem Eisenbahnvertrag, die in der Tarifrage verankert seien, mit allen Mitteln betreiben wolle. Die badische Regierung verlangt klaren Anschluß über den Zweck einer Umfrage der Reichsbahndirektion Karlsruhe bei den oberbadischen Handelskammern wegen der Einfluß ausländischer Getreide über ausländische Seehäfen. Die badische Regierung schließt aus dieser Umfrage, daß von der Reichsbahn beabsichtigt ist, die Seehafentaxen auch auf Getreide auszuweiten. Eine Verwirklichung dieser Absicht würde die Oberrheinsschiffahrt auf den Kohlentransport beschränken und damit die Rheinsschiffahrt schädigen. Die bad. Regierung hofft, daß ihr Vorhaben auch in den andern südbadischen Ländern Verständnis findet.

Akademisch-völkische Rüpereien in einer Friedensversammlung

Seidelberg. Einen äußerst stürmischen Verlauf nahm eine Montagabend abgehaltene Versammlung der Deutschen Friedensgesellschaft. Als Redner waren die beiden bekannten Pazifisten von G e r t a g h und der französische Professor Dem o n t anezündigt. Kaum hatte der französische Professor seine in

französischer Sprache gehaltenen Ausführungen begonnen, da begann schon die Gegen demonstration. Große Pfiffe ertönten und in der hinteren Saale entwickelte sich schnell eine Schlägerei zwischen völkisch gerichteten Studenten und anders Denkenden. Mit Faustschlägen und Stößchen wurden die Unruhestifter aus dem Saal entfernt, worauf auch zahlreiche namentlich auf der Galerie verteilte völkische Studenten den Saal verließen, später aber mit großer Verstärkung zurückkehrten. Im folgenden konnte der französische Redner wie auch von Gerlach sprechen. Letzterer griff sowohl die alte wie auch die neue Reichsregierung scharf an. Er betonte dann ebenso sehr wie der französische Redner den Gedanken der Verhängung. Als er dann Deutschland vor unüberlegten Schritten warnte, entstand ein kolossaler Lärm. Minutenlang konnte sich der Redner nicht verständlich machen. Im Hintergrund des Saales kam es zu einer erneuten Prügelei. Als der Redner dann wieder sprechen konnte und sagte, es sei verfehlt, in Deutschland wieder wie „Siegreich wollen wir Frankreich schlagen“ zu singen, stimmten die völkischen Studenten sofort diese Lied an. Nun griffen die inzwischen erschienenen Schupoleute ein und setzten einige der Ruhestörer an die frische Luft. In der dann folgenden Aussprache ging es ziemlich ruhig über. Als die Versammlung zu Ende war, standen etwa 40 Schupoleute auf der Straße, um weitere Ausschreitungen zu verhindern. — Und das ist die akademische Jugend von heute; die Wüste der Nation! Ein schönes Gefindel ist das!

Aus der Partei

Befanntmachung des Parteisekretariats Karlsruhe

- Veranstaltungen finden statt:
- Sagsfeld: Mittwoch, den 21. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Rathaus 2. Vortrag des Regierungsrats Gen. Dietrich-Karlsruhe über „Sozialpolitik“. Alle diejenigen, die Interesse für den Vortrag haben, sind hierzu eingeladen.
- Gröningen: Mittwoch, den 21. Januar, abends 8 Uhr, im „Ochsen“ Vortrag des Gen. Prof. Wilhelm-Karlsruhe über „Moralische Grundlagen des Sozialismus“. Auch hierzu sind alle sich für den Vortrag Interessierenden, alle Freunde und Anhänger unserer Sache eingeladen.
- Vangensheim: A. Etilingen: Donnerstag, den 22. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Rathausaal Vortrag des Schulinspektors Gen. Reimut-Karlsruhe. Thema: „Sozialistischer Idealismus“. Alle sich für den Vortrag Interessierenden sind willkommen.
- Etilingen: Freitag, den 23. Januar, abends 8 Uhr, in der „Krone“ Vortrag des Pfarrers Gen. Rappes-Karlsruhe. Thema: „Der Kampf um Gerechtigkeit, Freiheit und Frieden im Sozialismus“. Hierzu sind alle unsere Freunde und Anhänger, alle sich für den Vortrag Interessierenden, alle Genossen und Genossinnen eingeladen.
- Baden-Baden: Freitag, den 24. Januar, abends 8 Uhr, in der „Brauerei Beyer“ Mitgliederversammlung mit Vortrag der Stadträtin Gen. Müller-Karlsruhe über „Die Aufgaben der Arbeiterwohlfahrtsvereine“. Zahlreicher Besuch namentlich auch von Seiten der Genossinnen wird erwartet.
- Etilingen: Freitag, den 23. Januar, abends 8 Uhr, im Rathausaal Vortrag des Gen. Prof. Wilhelm-Karlsruhe. Thema: „Die Entstehung der Welt und des Lebens“. Hierzu haben alle sich für den Vortrag Interessierenden Zutritt.
- Offenburg: Samstag, den 24. Januar, abends 8 Uhr, im „Mundinger“ Vortrag des Gen. Prof. Wilhelm-Karlsruhe. Thema: „Ist die Sozialdemokratie religionsfeindlich?“ Es wird gebeten, für zahlreichen Besuch aus allen Kreisen der sich für den Vortrag Interessierenden zu werden.
- Miltenheim, A. Offenburg: Samstag, den 24. Januar, abends 8 Uhr, Versammlung aller Parteianhänger mit Vortrag des Gen. Trinks-Karlsruhe. Alle Freunde und Anhänger unserer Sache werden erwartet.
- Hörsing, A. Kallstadt: Sonntag, den 25. Januar, mittags 3 Uhr, im „Anker“ öffentlicher Vortrag des Schulinspektors Gen. Reimut-Karlsruhe. Thema: „Christentum, Religion und Sozialismus“. Es wird gebeten, für zahlreichen Besuch zu werden.
- Miltenheim, A. Offenburg: Sonntag, den 25. Januar, vorm. 10 Uhr, Mitgliederversammlung mit Vortrag des Genossen Trinks. Es wird erwartet, daß alle Genossen anwesend sind.
- Miltenheim, A. Kallstadt: Sonntag, den 25. Januar, mittags 3 Uhr, in der „Kleinen Kinderschule“ Vortrag des Parteisekretärs Gen. Trinks. Thema: „Der Bürgerkrieg“. Hierzu werden alle Genossen und Genossinnen erwartet, alle Freunde und Anhänger unserer Sache und alle sich für den Vortrag Interessierenden sind eingeladen.
- Etilingen: Sonntag, den 25. Januar, in der „Brauerei Ambrücker“ zwei Mitgliederversammlungen des Gen. Rappes-Karlsruhe und zwar: mittags 3 Uhr Märchen-vortrag für Kinder; abends 8 1/2 Uhr Vortrag über „Bau und Entwicklung des menschlichen Körpers“. Es wird gebeten, für zahlreichen Besuch dieser Vorträge zu werden.
- Miltenheim: Sonntag, den 25. Januar, vorm. 10 Uhr, Hotel „Alter Bahnhof“ Unterbesitzerkonferenz für die Ortsvereine Mülheim, Kappelrod, Bühl und Hundsbach. Tagesordnung: 1. Vortrag des Gen. Heidele-Baden-Baden über „Die politische Lage im Reich seit Mai 1924 bis heute“. 2. Vortrag des Gemeinderats Gen. Friedmann-Überweier über: „Angehörige Aufgaben“. 3. Organisationsfragen im Unterbesitzer. 4. Neuwahl des Ortsvereins.
- Seber der genannten Ortsvereine hat hierzu Delegierte zu entsenden. Darüber hinaus hat jeder Genosse und jede Genossin Zutritt, die sich für die Verhandlungen interessieren. Trinks, Parteisekretär.

die Sozialdemokratie die erste Kämpferin für eine gesunde Sozialpolitik ist. Am Mittwoch, 21. Jan., findet der 2. Vortrag statt, und zwar um 1/8 Uhr. Die Zerlegung der Materie der einzelnen Gesetze wird sicher wieder eine große Anzahl Hörer interessieren. Neue Hörer sind herzlich willkommen.

1. Seidelberg. Unser Parteiverein hielt am Sonntag, 18. ds. Mts. in der Brauerei Beyer die diesjährige Generalversammlung ab. Nach dem Geschäfts- und Kassenbericht fanden Reuwallen der Verwaltung statt, die zur allgemeinen Zufriedenheit mit der Wiederwahl der alten Verwaltung einschließlich unseres bewährten Kassiers Genossen Heidele endigten. An Stelle eines im Lauf des Jahres ausgeschiedenen Mitglieds trat Gen. Heidele ein. Leider ist der Stand der Mitgliederzahl für unsern Ort geradezu besorgniserregend. Trotz 304 abgegebenen sozialdemokratischen Stimmen bei der letzten Reichstagswahl zählt unser Parteiverein nur 27 eingetragene Mitglieder. Es wäre zu wünschen, wenn die in Aussicht genommenen Bildungsvorträge dazu beitragen würden, unsern alten Mitgliederstand wieder zu erreichen.

Ein Ausschluß aus der Partei. Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins München beschloß am Donnerstagabend einstimmig den Ausschluß des langjährigsten Parteimitglieds Josef Kurth. Der Grund für diesen Ausschluß liegt in einem Artikel Kurths, den er kurz vor den letzten Reichstagswahlen in den „Süddeutschen Monatsheften“ veröffentlichte. In diesem Artikel, der den Titel „Sozialdemokratie und Gewerkschaften“ trägt, mußte unsere Partei eine schwere Schädigung der Parteinteressen erleiden, sobald sie einen Antrag auf Ausschluß Kurths wegen Zuwiderhandlung gegen die Parteigrundsätze und wegen Betätigung unehrenhafter Gesinnung stellte.

Kleine badische Chronik

- Durmersheim. Die hiesige Musikkapelle (ehemalige Feuerwehrkapelle) feiert dieses Jahre auf eine 55jährige Vergangenheit zurückblicken. Aus diesem Anlaß hat der Musikverein Lyra beschlossen, das 50jährige Jubiläum nachträglich zu feiern. Da mit dem Fest ein Preiswettbewerb verbunden werden soll, hielt der Musikverein Lyra am vergangenen Sonntag im Gasthaus zur „Krone“ einen Delegierten Tag ab, zu dem etwa 30 Musikvereine aus allen Teilen Mittelbadens ihre Vertreter gesandt hatten. In der sehr angeregt verlaufenen Sitzung wurden die Richtlinien für das Preisfest festgelegt, und man kann schon aus den zahlreichen Anmeldungen auf eine große Beteiligung an demselben schließen. Das Fest wurde auf den 21. Juni festgelegt. Die Vorbereitungen sind jetzt schon im Gange, und den Vorbereitungen nach, die in großzügiger Weise getroffen werden sollen, wird das Fest in seinem Umfang eines der größten werden, die bis jetzt in unserer Heimatgemeinde gefeiert worden sind.
- * Ottenau bei Rastatt. In der verlassenen Nacht brach in dem kleinen Wohnhaus des Besitzers Lutz neben der Post Feuer aus, das rasch um sich griff. Das Wohnhaus brannte bis auf die Grundmauern nieder. Der Brandgeschädigte ist nur teilweise versichert.
- * Nipringen. Eine interessante Arbeit wurde anlässlich des Eisenbahnbrückenbaues westlich von Nipringen ausgeführt. Es handelte sich darum, ohne Betriebsstörung die dortige 3. St. im Umbau begriffene Unterführung d. h. zunächst das südliche Gleis auf die neue Weiche zu verlegen. Diese schwierige Arbeit wurde in 8 Stunden ausgeführt. Nach genügender Vorbereitung wurde das 14 Meter lange schwere Stützgerüst mit zwei Pfostenenden und 8 Hebezeugen in einem halben Stunde ausgebaut und verschoben sowie abgefahren. Das neue Gerüst aus schweren Doppel-T-Trägern wurde eingebaut und dann sofort ohne jegliche Störung des Betriebes in Benutzung genommen. Das nördliche Gleis wurde in gleicher Weise am kommenden Sonntag umgelegt. Die schwierigen Arbeiten vollzogen sich glatt ohne Unfall oder Störung.
- * Mannheim. Am 18. Dezember ist der 31. Jahre alte Schmiedemacher und Chauffeur Josef Weingärtner aus Bismarckheim der wegen schweren Raubs noch mehrere Jahre Zuchthaus zu verbüßen hat, aus der Strafanstalt Buchtal entwichen und hat sich seither hier und in Ludwigshafen aufgehalten und wahrscheinlich von Diebstählen gelebt. Der Kriminalpolizei gelang es nun, das Versteck aufzudecken. Am Samstagabend wurde er mit seinem Bruder in Begleitung eines Frauenjammers in der Mittelstraße angetroffen. Er war mit einer Pistole bewaffnet und bediente sich eines falschen Namens. Er hatte auch Ausweispapiere seines Freundes Hoffmann in Besitz, während dieser selbst sich als den Weingärtner ausgab. Als die vier Personen nach der Polizeiwache gebracht werden sollten, riß sich der vermeintliche Hoffmann vor dem Eingang zur Wache los und sprang davon. Daraufhin wurden von den Polizeibeamten mehrere Schüsse abgegeben. Der vermeintliche Hoffmann wurde getroffen und schwer verletzt. Er wurde nach dem Krankenhaus gebracht, wo er kurze Zeit darauf infolge Verblutung starb.
- * Mannheim. Eine 22-25 Jahre alte Frauensperson lockte in den letzten Tagen mehrere Kinder in verschiedene Hauseingänge und nahm ihnen Geldbeträge bis zu 10 M ab. Die Täterin konnte bis jetzt nicht gefaßt werden.
- * Vom unteren Ringstal. Ein Bräutigam mußte kurz vor seiner Hochzeit einen eigenartigen, für ihn bezw. seine Braut aber sehr schmerzlichen Mißfalltransport erleben. Der Bruder des Bräutigams holte die Möbel der Braut ab. Nach dem Verladen gingen die Pferde durch. Als man sie stellen konnte, befand sich auf dem Fuhrwerk von dem ganzen Mißfall, noch eine Rüte. Das übrige war während der wilden Jagd vom Wagen geschleubert worden und lag zum Teil zerbrochen auf der Straße.
- * Willingen. Das Gasthaus zum „Löwen“ hier wurde zum Preis von 75 000 M einschließlich Inventar von der Sozialdemokratischen Partei, den freien Gewerkschaften und den Arbeitersportvereinen angekauft, die darin ein Volkshaus einrichten wollen.
- * Wiederbau bei Waldkirch. Am Samstag brach in Oberriederbach ein Brand aus, dem das frühere Gasthaus zur „Sonne“ zum Opfer fiel. Durch das rasche Eingreifen der Feuerwehren aus der Umgebung wurde eine größere Ausdehnung des Brandes, durch den besonders die nahegelegene Kirche äußerst gefährdet war, verhindert. Die Brandursache ist wohl in einem Kamindrang zu suchen.

Kinderzeitung „Der kleine Coco“ gratis

1/2 lb nur 50 g

Kinderzeitung „Der kleine Coco“ gratis

Rahma Margarine buttergleich

Gemeindepolitik

Bürgerausschussführung in Hagsfeld

Hagsfeld. Eine seltene Erscheinung im hiesigen politischen Leben war die am letzten Montag stattgefundene Bürgerausschussführung, in der u. a. auch der Voranschlag beraten wurde. Dieser Tagesordnungspunkt wurde unter dem Zeichen vollster Einmütigkeit aller Parteien erledigt. Kein Wort über „zu hohe Gehälter“ der Gemeindebeamten, kein Wort der Kritik über die Tätigkeit derselben. Nach dem persönlichen Kampf im letzten Jahre gegen die Gemeindebeamten ist dies tatsächlich eine merkwürdige Erscheinung. Man kann nach dieser Sitzung annehmen, daß jetzt endlich die Wirtschaftliche Vereinigung eingesehen hat, daß die Gehälter nicht zu hoch sind und die Tätigkeit der Gemeindebeamten und des Gemeinderates, in dem übrigens unsere Genossen die Führung haben, richtig ist. Dieser Tagesordnungspunkt zeigt, daß die Politik unserer Rathausfraktion auf dem rechten Wege ist. Der Bericht bei diesem Punkt Einmütigkeit, so wurde im weiteren Verlauf der Sitzung der gute Eindruck durch das Verhalten der Wirtschaftlichen Vereinigung etwas verwischt. Bei dem Punkt „Gemeindebeamten“ verließen die Vertreter der Wirtschaftlichen Vereinigung, als ihre Anträge den anderen Parteien nicht genehm waren, kurz vor dem Ende der Sitzung den Saal. Man hat gerade in den Reihen der W. B. noch immer gerne den „Terror“ mit nicht mißverständlichen Gebärden unserer Partei gegenüber ausgesprochen. Nach diesem Verhalten der W. B. aber kann man ganz auf von einer Terrorisierung der Mehrheit durch die Minderheit sprechen. Da dieses Gebärden bisher etwas seltsam war, so ist man mit Recht auf die weitere Entwicklung der Dinge gespannt.

Gewerkschaftliches

Die Gewerkschaftsorganisationen gegen die Getreidezölle

Der ADGB, die Afa, der Deutsche Gewerkschaftsring, der Allgemeine Deutsche Beamtenbund und der Deutsche Bauernbund haben an die beteiligten Ministerien zwei Schreiben gerichtet, in denen sie sich gegen die Einführung von Weizenzöllen und für die Verabreichung der Milchpreise einsetzen. Dem Protokoll gegen die Weizenzölle liegt das bekannte Rundschreiben des Vereins Deutscher Handwerksmeister vom 12. Januar zugrunde, in dem aufgefordert wird, auf Abgabe der verschiedenen Parteien usw. einzuwirken und das Reichsernährungsministerium zu veranlassen, auf dem Wege der Verordnung Weizenzölle einzuführen. Angesichts der Tatsache, daß die Milchpreise gegenwärtig immer noch ganz erheblich höher als vor dem Kriege sind, halten es die in Frage kommenden Gewerkschaftsbünde für ihre dringende Pflicht, gegen die Einführung von Weizenzöllen entschiedenen Einspruch zu erheben. Sie müssen das auch dann tun, wenn diese Einführung auf gesetzlichem Wege vor sich gehen sollte. Die Art jedoch, wie der genannte Verein diese Einführung erstrebt, muß, da sie durchaus ungesetzlich ist, erst recht abgelehnt werden. Gleichzeitig ergibt sich aus dem Vorangehenden, daß der Weizenzoll aus volkswirtschaftlichen Gründen nicht rechtfertigbar ist. Er hat deshalb wohl seinen Wert, seine Förderung auf geradem und gesetzlichem Wege zu vertreten. Die Gewerkschaften betonen die Nichtberechtigung des Verlangens der Handelsmüller nach Weizenzöllen, die auch durch eine Gegenüberstellung des genannten Vereins nicht behoben worden ist. Soweit die Einführung der Milchpreise in Frage kommt, ergibt sich eine örtlich durchaus verschiedene Gestaltung der Preise, z. B. ist die Milch in Dresden auf 20 bzw. 19 Pfennig je Liter mit einem Zuschlag von 2 Pfennigen für Lieferung nach Stelle als 12. Januar herabgesetzt worden, während in anderen großen Städten, wie z. B. Berlin, der Milchpreis zurzeit noch immer 32 bis 35 Pfennig beträgt. Die angeführten gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen sind der Auffassung, daß bei einem tatsächlichen Einsetzen der in Frage kommenden Reichs- und Staatsbehörden es durchaus möglich sein müßte, auch für Preußen und andere Landestteile einen entsprechend ermäßigten Preis herbeizuführen.

Bevorstehende Kämpfe in der bayerischen Metallindustrie

In der bayerischen Metallindustrie droht ein schwerer Kampf als Folge eines völlig unzureichenden Lohnangebots der Arbeitgeber an die Angestellten. Sowohl die Münchener als die Nürnberg- und Augsburg-Angestellten der Metallindustrie haben das Arbeitgeber-Angebot abgelehnt und beschließen, in den Betrieben sofort über die Anwendung der verschiedensten Kampfmittel abstimmen zu lassen für den Fall, daß die letzten Verhandlungen noch einmal ergebnislos verlaufen.

Soziales

Die Lage des Arbeitsmarktes in Baden

Die Lage des Arbeitsmarktes in Baden ist, im gesamten Betrachtet, in der Woche vom 8. bis 14. Januar gegenüber der Vorwoche ziemlich gleich geblieben. Die Zahl der bei den Arbeitsnachweiser vorhandenen Arbeitsuchenden hat sich nach dem Stand vom 14. Januar zwar etwas erhöht, nämlich von 30 128 auf 31 891, auf der anderen Seite ist aber auch die Zahl der zur Verfügung stehenden offenen Stellen von 1921 auf 2072 gestiegen. Es kommen am 14. Januar auf 100 offene Stellen 1538 Arbeitsuchende. Die Zahl der unterfertigten Erwerbslosen (Kauptunterstützungsempfänger) nahm noch um 475 zu, sie beträgt am 14. Januar 16 575.

Das im Herbst 1924 wieder eröffnete Erzbergwerk Wiedenbrunn im Karlsruher Bezirk wird jetzt laufend erweitert, es beschäftigt jetzt 300 Arbeiter. Der Beschäftigungsgrad in der Industrie der Eisen- und Erden zeigt eine Verbesserung. Ein Großbetrieb der Zementindustrie wurde zu nächst für einen Monat stillgelegt. Davon sind 700 Arbeiter betroffen. In der metallverarbeitenden Industrie wurde im Karlsruher Lokomotivbau nach Hand- und Maschinenformen gestagt; ungelernete Kräfte konnten nicht unterkommen. Der Beschäftigungsgrad der Textilindustrie des oberen Rheintales und des Westens ist im allgemeinen günstig. Eine Seidenweberei mußte allerdings 70 Seidenwebereier (Heimarbeiter) entlassen. Die Arbeitsmarktlage im Bergbau ist ungünstiger als in der Textilindustrie. Die Zahl der arbeitssuchenden Schneider und Schuhmacher nimmt zu, dem Angebot steht nur geringe Nachfrage gegenüber. Im Bauwesen sind im Zusammenhang mit den Witterungsverhältnissen fast allenthalben weitere Entlassungen erfolgt.

Gesundheitspflege

Wohnungsnot und Kinderelend

Au den in der Erfurter Säuglingsfürsorge vorgestellten Säuglingen und Kleinkindern wurde, wie Stadtmehdizinalrat Dr. O. Schmann mitteilt, im allgemeinen Durchschnitt bei 30 Proz. ein einwandfreier Gesundheitszustand gefunden. Bei den Säuglingen und Kleinkindern, die aus Familien stammten, denen nur ein einziger Wohnraum zur Verfügung stand, ergab sich ein solcher Gesundheitszustand nur in 17,5 Proz. der Fälle. Der Allgemeinbefindlichkeit für die Erkrankung der Säuglinge und Kleinkinder an englischer Krankheit beträgt nach den in Erfurt angestellten Ermittlungen 43 Proz.; unter den Kindern jedoch, die von Anfang an in den schlechtesten Wohnungsverhältnissen aufwuchsen, 52,5 Proz.

Es ist ein reines Wunder, daß trotz dieser bösen Zustände so viele Säuglinge und Kleinkinder dennoch am Leben bleiben. Wir wissen aber, daß selbst ganz traurige Wohnungsverhältnisse recht oft vom Säugling, wenn er monatelang die Brust bekam, ertragen werden; das Kleinkind geht aber noch von der gesunden Grundlage, die es als Brustkind mitgebracht hat. Deshalb steht auch in der Säuglingsfürsorge allem anderen das Bestreben voran, die Stillfähigkeit und Stilldauer der Mutter herbeizuführen und zu erhalten. Freilich wird man der Ausbreitung der Rachitis (englische Krankheit), die im wahren Sinne des Wortes eine „Stillkrankheit“ ist, nur dann wirksam entgegenwirken können, wenn man großzügige Maßnahmen trifft, um das Wohnungs- und die Wohnungsverhältnisse zu verbessern.

Wenn keine gesunde Wohnungen, man verzeihe in den kommunalen Verhältnissen sein, Geld nicht für mancherlei sehr schöne Dinge, man gebe der Menschheit ein gesundes Heim und sie wird gesund! — Dieser Meinung des Erfurter Stadtmehdizinalrates wird man von sozialdemokratischer Seite nur voll und ganz beipflichten können.

Eisen und Arsen

Zwei Arzneimittel, die sich einer außerordentlichen Verbreitung erfreuen, sind Eisen- und Arsenverbindungen; aber es gibt auch kaum ein Medikament, dessen Wirksamkeit so heiß umstritten ist, wie die der eben genannten. Besonders das Eisen ist seit vielen Jahrhunderten außerordentlich geschätzter Bestandteil der Heilbehandlung, und zwar wird es vorzugsweise bei Blutarmut (Anämie) und Weichsücht (Chlorose) gegeben. Man spricht allerdings die Tierversuche — man hat Tieren Blut entzogen und dann die Bildung der neuen Blutbestandteile unter der Zugabe von Eisen beobachtet — dafür, daß die dem Körper zugeführten Eisensalze zum erheblichen Teil im Organismus ausgeschieden werden und die Bildung von roten Blutkörperchen und damit des Blutfarbstoffes weitgehend fördern. Aber zahlreiche Versuche sind der Ansicht, daß die Verhältnisse beim Menschen doch noch anders liegen müssen und führen als Beweis das Versagen der Eisenbehandlung in zahlreichen Fällen von Blutarmut an. Dagegen herrscht Uebereinstimmung über die Wirksamkeit des Eisens bei echter Weichsücht — bei Chlorose, die man früher häufig bei fortetragenden Mägen und Frauen beobachtet konnte. Heute ist jedoch Chlorose bei uns selten, da das Fortetragen dank der herrschenden — in dieser Hinsicht aus-

nahmweise vernünftigen — Mode verbaut ist. Bei den Blutarmen — anämischen Personen sind die Erfolge der Eisenbehandlung sehr verschieden, bei den einen kann man tatsächlich ein Aufblühen verfolgen, andere können literweise eisenhaltige Flüssigkeit und flüssige Eisensalze und organische Eisenpräparate schlucken, ohne den geringsten Erfolg zu haben. Es wird Aufgabe der Pharmakologie (der Arzneimittellehre) sein, den komplizierten Einfluß des Eisens auf die Blutbildung durch weitere ausgiebige Forschungen zu klären.

Die Wirkungsweise des Eisens ist gleichfalls noch nicht einwandfrei festgestellt. Man hatte zwar beobachtet, daß sich die Bewohner der Steiermark nach längerem Genuß von Arsenit zu besonders gesunden und kräftigen Leuten entwickelten, die ein hohes Alter erreichten; man weiß, daß Versuchsstücke auf Arsen hin ein glänzendes Zell bekommen. Man hat experimentell festgestellt, daß, wenn Arsen dem Körper zugeführt wird, ein beträchtlicher Teil davon im Organismus, vor allem in der Leber, in den Knochen und dem Gehirn zurückbleibt; es ist auch so gut wie sicher, daß unter dem Einfluß von Arsen der Stoffhaushalt und die Blutbildung gefördert wird — aber auch hier lehrt die Praxis, daß es eine große Zahl von kräftigen und mäßigstkräftigen Personen gibt, die nicht im geringsten auf Arsen reagieren. Nichtsdestoweniger wird in Fällen, in denen die Blutbildung angeregt werden soll, in denen auf allgemeine Kräftigung und auf Gewichtszunahme Wert gelegt wird, mit Recht Arsen verabreicht werden; sei es auch nur, um wenigstens einen Versuch gemacht zu haben. Arsen wird in steigenden und fallenden Dosen genommen; in flüssiger Form dreimal täglich 2—10 Tropfen, allmählich steigend, dann ebenso fallend, jedoch die Kur ca. sechs Wochen dauern. Auch die Verabreichung von Eisen und Arsen zusammen ist sehr beliebt. Im übrigen ist zu bemerken, daß Arsen wie auch Eisenpräparate stets nach dem Essen bei vollem Magen genommen werden müssen.

Letzte Nachrichten

Gläubiger-Versammlung der Firma Darmat

In der Darmat-Affäre fand gestern den Blättern zufolge im Neuen Berliner Kriminalgericht eine Konferenz der Gläubiger statt. Vertreten waren das Reichspostministerium, die anderen Gläubiger, sowie die drei verhafteten Brüder Darmat und der Untersuchungsrichter. In einem notariellen Vertrag erklärten sich die Brüder Darmat bereit, ihr gesamtes im In- und Auslande befindliches Vermögen der zu gründenden Treuhändergesellschaft zu übertragen. Es soll eine gleichmäßige Verdringung der sämtlichen Gläubiger versucht werden, und zu diesem Zweck ist beabsichtigt, gewisse unrentable Betriebe des Darmat-Konzerns abzustufen, andere dagegen neu zu organisieren und unbedingt weiter zu führen. An der Spitze des Verwaltungsrates der Treuhändergesellschaft steht Rechtsanwalt K. H. H. H., der Rechtsbeistand des Reichspostministeriums.

Haussuchung im Reichspostministerium

Wie der „B. Z. a. M.“ erzählt, ist der bisherige Reichspostminister Dr. Hoffe anlässlich der im Wege der Kreditgewährung aus Reichspostgeldern an den Darmat- und Michael-Konzern gemachten Vorwürfe eingehend von der Staatsanwaltschaft vernommen worden. In der Vernehmung, die mehrere Tage währte, vertrat Hoffe energisch den Standpunkt, daß seine Tätigkeit in dieser Angelegenheit eine Verletzung der Geheime nicht darstelle, da die Anleiheübergebung durchaus im Rahmen der bestehenden Vorschriften erfolgt sei. Minister Hoffe hat seine Wohnung für eine Durchsuchung durch die Staatsanwaltschaft zur Verfügung gestellt. Die Hausdurchsuchung, die auch auf das Reichspostministerium ausgedehnt wurde, ist gestern von der Staatsanwaltschaft vorgenommen worden.

Schmächtlicher Reifall des französischen Kriegsgerichts

Zu der Nachricht über die Verurteilung des Majors Fohn der vom belgischen Kriegsgericht in Abwesenheit zum Tode verurteilt wurde, veröffentlicht der „Berl. Lokalanzeiger“ eine Zuschrift des ältesten Sohnes des Majors, in der dieser mitteilt, daß sein Vater bei Kriegsausbruch Kommandeur des Reserve-Infanterieregiments Nr. 108 wurde und am 2. Nov. 1914 bei Ypern gefallen ist. Sein Grab befindet sich auf dem Friedhof von Etenach.

Dom Kriegsschauplatz in China

Schanghai, 20. Jan. Neuer. Weitere Kämpfe wurden heute nicht gemeldet. Die Streitkräfte Tschihidmanns werden in der Linie Wusih-Kiangsu, 60 Meilen von Schanghai zusammengezogen. Weilerseits von Wusih sind Eisenbahnzüge zum Entlasten gebracht worden, wodurch 16 Lokomotiven und Hunderte von Eisenbahnwagen zum Stillliegen gebracht wurden. Die Truppen Tschihidmanns leiden bereits unter Nahrungsmangel und plündern in der Gegend von Wusih.

Arbeiter agitiert für die Parteipresse!

Carl Finkelstein Holz- und Kohlenhandlung **Rüppurrerstr. 8**
 liefert alle Sorten **Kohlen, Zentralheizungskoks u. Holz**
 prompt, reell und billig **Büro nur** **Telefon 2984**

Gute Ware für wenig Geld!!
Auf die noch vorrät. Damen-, Back- u. Kindermäntel in Flausch u. Velour de laine, Wollwesten, Jacken
10—30% Rabatt
 Frauenkostüme, Kleider, Röcke, weit geschnitten, bekannt billig.
 Gummihüte für Damen und Herren, beste Gummierung, Mk. 22.00 an.
 Extras angeordnete Vollekleider, weit unter Preis.
 Helder Mk. 8.50 an
 Jumper Mk. 3.50 an
 Prinz-Röcke 5.50 an
K'Seidentrikol
Daniels Konfektionshaus
 Karlsruhe, Wilhelmstr. 38, 1. Trepp
 Keine Ladenspesen. Keine Personalspesen

Zwangsversteigerung.
 Freitag, den 23. Januar 1925, nachmittags 2 Uhr, werde ich in Karlsruhe, im Hauptlokal, Steinstr. 23, gegen bare Zahlung im Vollstreckungswege öffentlich versteigern:
 A. Eine Salongarantur.
 B. Eine Patent-Holzangelmaschine, neu, für Schuhmacher.
 C. Ein größerer Posten Textil- und Kolonialwaren wie: verschiedene Stoffe, Schürzen, Hemden, Hosen, Kinderkleider, Hölle, Strickgarn u. s. w.; ferner Kaffeemöbeln, Rührer, Nudelmägen, Reis, Schokolade, Kugeln, Seife, Schwämme, Kämme, Spiegel u. s. w. Außerdem circa 650 kg Eisenstängel und verschiedene Möbel.
 Die Versteigerung von b und c findet voranzufänglich bestimmt statt.
 Karlsruhe, den 21. Januar 1925.
Böttcher, Gerichtsvollzieher.

Geflügelzuchtkurs in Grözingen.
 Die Badische Landwirtschaftskammer veranstaltet am Samstag, den 25. Januar 1925, im Gasthaus „Zum Eschen“ in Grözingen einen Geflügelzuchtkurs.
 Der Kurs beginnt vormittags 10 Uhr und endet bei einer einständigen Mittagspause — nachmittags 5 Uhr.
 Anmeldungen zum Kurs sind zu richten an den Vorsitzenden des Geflügelzuchtbereichs, Herrn Wilhelm Durr in Grözingen.
 Die Teilnehmergebühren betragen 50 Pfennig, welche bei Beginn des Kurses zu zahlen sind.
 Wir laden sämtliche Freunde der Geflügelzucht, insbesondere die Frauen, hierzu ergebenst ein.
 Karlsruhe, den 19. Januar 1925. 801
 Der Vorsitzende der Badischen Landwirtschaftskammer: Gebhard.

Brennholz-Versteigerung
 am Mittwoch, 28. Januar 1925, nachmittags 1 Uhr, im Rathaus in Neudlingen aus den Karlsruh. Waldungen bei Wagram: 111
170 Ster Brennholz.
 Vorzeiger: Waldbütt. Wurm, Wagram.

VOLKSBUHNE KARLSRUHE
 Textbücher für alle Vorstellungen zu haben
Volksbuchhandlung
 Adlerstrasse 43.

Plakate
 aller Art liefert rasch und billig
 Buchdrucker
Geek & Cie., Luisenstraße 24. Teleph. 128.

Wohnungstausch
 807
 von Südbad nach Wühlburg, 3 Zimmer. Näheres bei Appenroth, Markenstr. 11, Zigarrengeschäft.

Pfannkuch
Eingetroffen
weitere
Waggon
Spanische
Orangen
schöne vollsaftige
süße Frucht
10 Stück **55** Pfg.
10 Stück **75** Pfg.
10 Stück **95** Pfg.
10 Stück **1.15**
Pfannkuch

Hauptfriedhof
Friedhof für Feld 24
24. Erhaltungsfeld
für das allgem. Gräber-
feld 26 — alter Teil des
Hauptfriedhofs — auf
dem verstorbenen Gräber-
feld in der Zeit vom
20. Mai 1903 bis 21. Jan.
1905 beigelegt worden sind,
ist mit dem 21. Januar
1925 beendet. Das Feld
wird nach diesem Zeitpunkt
abgegeben und neu be-
legt. Alle darauf befind-
lichen Grabmale und Ein-
stellungen — außer von
den Gräbern — müssen
bis 15. März d. J. ab-
geräumt werden. Die ab-
geräumten Gegenstände
sollen alsbald der Stadt
zu. Wer die Verhinderung
einer Grabstätte während
einer weiteren Umgrä-
bungsrücktritt wünscht,
muss dies spätestens bis
15. März d. J. an dem Friedhof-
büro — vor dem Friedhof-
eingang — anmelden, wo
auch die näheren hierfür
geltenden Bestimmungen
zu erfahren sind.
Stadts-
und Bestattungsamt.

**Zwei unmöblierte
Zimmer**
hier oder Umgebung sofort
beziehb. geucht. Offerte
unter Nr. 804 an das
Volksfreundbüro.
Druckmaschinen aller Art
Buchdruck, Volksfreund

Ein Waggon LINOLEUM

kommt von Mittwoch, den 21., bis Samstag, den 24. d. M.
zu außergewöhnlich billigen Preisen

zum Verkauf

Druck-Linoleum , 200 cm breit regulär, mit kl. Fehlern und Reste	275 Mk.
Inlaid-Linoleum , 200 cm breit regulär und mit kleinen Fehlern, viele Muster	550 Mk.
Uni-Linoleum 200 cm breit grün rot braun 1,8 mm stark, Mtr. 4.10 3.90 3.75 2,2 mm stark, Mtr. 5.- 4.80 4.60	
Granit-Linoleum 200 cm breit, in vielen Farbbelegungen 1,8 mm stk. 475 2,2 mm stk. 575 Mtr. 475 Mtr. 575	
Druck-Linoleum-Läufer regulär — mit kleinen Fehlern — Reste — soweit Vorrat	
60 cm breit Mtr. 2.40 2 ¹⁰ 67 cm breit Mtr. 2.70 2 ³⁰ 90 cm breit Mtr. 3.70 3 ²⁵ 110 cm breit Mtr. 4.70 4 ¹⁰ 133 cm breit Mtr. 5.90 5 ⁰⁰	
Inlaid-Linoleum-Läufer regulär und eine beschränkte Anzahl Reste	
67 cm breit Mtr. 3.90 90 cm breit Mtr. 5.30 100 cm breit Mtr. 6.75 6 ⁰⁰	
Druck-Teppiche leicht beschädigt 200/250 cm 22.00 200/300 cm 27.50	
Inlaid-Teppiche in reicher Mustervogelung 200/250 cm 45.- 40.00 200/300 cm 60.- 55.- 50.00	
Wachstuch 85 cm br. 100 cm br. 115 cm br. erstklassige Qualität, Mtr. 1.95 2.25 2.55	
Wandschoner 1,25 85 J 35 J	
Tischdecken 85/115 115/145 2.70 4.35	

TIETZ

Flechten
„Da war am ganzen Leib mit
bitter, welche mit durch das ewige
Kuderkapu nach beiliegen.
In 14 Tagen hat Zucker's
Patent-Medizin-Selbe das
Übel beseitigt. Diese Selbe
ist unbeschwerlich, sehr wir-
ksam. Dazu Zucker's-Creme (nicht
stark u. fettig). In allen
Krankheiten, Drüsen und
Geschwüren erproblich.“

Der Einwohnerschaft
Durlach empfiehlt sich in
Malerei- und
Tüncherarbeiten
Friedr. Fröh
Durlach, Zöglerstr. 1
Dortselbst ist noch ein
Handwägelchen
4 Hfr. Ertragkraft, für
20.4. zu verkaufen.

Sozialdemokrat. Partei Karlsruhe
Mittwoch, den 21. Januar, abends 8 Uhr,
im Gartenhof des „Friedrichshof“
Haupt-Versammlung
Tagesordnung:
1. Reichstagswahl-Vorberathung
2. Referat des Genossen Minister Neumeier
„Reichstag und Republik“
Parteilossen und -Genossen! Die Gefahr
der Stunde erfordert schärfste Gegenwehr! Voll-
ständiges Erscheinen der Mitglieder ist dringend
erforderlich.
Der Vorstand.
Das Kontostatistik über das Vergehen der
Firma „Bafaw“, Papierwaren und Rechenfabrik
G. m. b. H. in Karlsruhe, Poststraße 8, wurde mangelnd
einer den Kosten des Verfahrens entsprechenden Weise
eingeleitet.
Karlsruhe, den 12. Januar 1925.
Gerichtsschreiber des bad. Amtsgerichts A IV.

Gas- und Strompreis-Ermäßigungen.
Gaspreis bis zu 3000 cbm: 17.- für den cbm.
Nur den 3000 cbm übersteigenden Jahresverbrauch
(von April bis März) werden folgende Rabatte
gebührt:
auf den Verbrauch von
3 001 — 6 000 cbm = 10% Rabatt
6 001 — 10 000 „ = 15% „
10 001 — 14 000 „ = 20% „
14 001 — 18 000 „ = 25% „
18 001 u. mehr „ = 30% „
Strompreis: a) Lichtstrom
für die ersten 3000 Kwst **40**
für die nächsten 5000 **36**
für alle weiteren Kwst **32**
b) Kraft- und Heizstrom
für die ersten 3000 Kwst **22**
für die nächsten 5000 **20**
für alle weiteren Kwst **18**
Karlsruhe, den 30. Januar 1925.
Städtisches Gas-, Wasser- und Elektrizitätsamt.

**Eine
erfreuliche
Nachricht!**
Der altbewährte „Freiburger
Früchtchenkaffee“ jetzt überall
wieder in der vorzüglichen Zu-
sammensetzung der Vorkriegs-
zeit erhältlich!
Verwendungsmöglichkeit
sowohl als selbständiges,
schmackhaftes und gesundes
Kaffee-Getränk, wie als billiges
Strommittel für Bohntenkaffee.

Zionistische Ortsgruppe.
Donnerstag, 22. Januar, präzis 8 Uhr abds.
im Heim Herrentstraße 11
Vortrag
des Herrn Translaten, Lehrer in Nassau.
Thema:
„Das Problem der jüdischen Schule“
Im häuslichen Erscheinen wird gebeten, da die
Anzahl der Referenten um 1/2 11 Uhr erfolgt.
Gäste willkommen!

Gefangverein Typographia
Samstag, 24. Januar 1925
Maskenball
im großen und kleinen
Saal und sämtlichen
Räumen der Festhalle

COLOSSEUM
Täglich das vollständig neue
Variété-Programm

KAFFEE BAUER
Heute Mittwoch, 8 1/2 Uhr abends
Großes Sonderkonzert
der verstärkten Kapelle.
Aus dem Programm: 808
Ouverture zur Oper Der Barbier
von Bagdad Cornelius
Fantasie a. d. Oper Elektra Rich. Strauß
Domröschchen-Suite Tchaikowsky
Traumbilder für Cello Goltermann
Gavotte Popper
Solist: Max Nermesan

Für Hasen — Kanin — Rehe
Füchse — Marder — Iltis
Wiesel — Dachse etc.
zahlt reell und
die höchsten Preise
Gross-Willh. Zeumer
Kürschner
Kaiserstrasse 125/27.

Gänselebern
werden fortwährend zu
höchsten Tagespreisen an-
gekauft. 4033
G. Mees, geb. Stürmer,
Erbsenstr. 21, 2. St.
Gänselebern
werden fortwährend zu
höchsten Tagespreisen an-
gekauft. 4032
K. Möser
Kreuzstraße 20, 2. Stod.
Ede Karlsruherstraße.

Gänselebern
auft fortwährend zu den
allerhöchsten Preisen.
Karl Pfeffler
Erbsenstr. 23. 608.

Gänselebern
tauft zu bekannt hohen
Preisen
Gänseleber-
Einkaufs-Zentrale
Th. Karch, Karlsruhe,
Rintheimerstr. 2 u. Dur-
lach, Elmstr. 71. 4240

Stadlanleihen
Pfandbriefe
zu hohen Preisen gesucht.
Angebote unter F. D.
Nr. 4009 an das Volks-
freundbüro. 110

Schreiner
oder Zimmermann für
Regale zu machen gesucht.
Su ertrag unt. Nr. 799
im Volksfreundbüro.

Palast-Sichtspiele
Herrenstr. 11 Telef. 2502
Nur 3 Tage!
Ab heute bis einschl. Freitag
Großes Wild-West-Schauspiel:
Der Ueberfall
auf die Virginia-Post
nach einer Novelle von Joseph Hergesheim.
In der Hauptrolle: **Richard Barthelmess.**
„Professor Rehbeins Lebensrettung“
Lustspiel in 2 Akten 797
In der Hauptrolle: **Leo Peukert.**

B Einer sagt's dem andern, dass man in der
Badischen Kleiderzentrale
Zirkel 30 Karlsruhe Telefon 4120
Herren- u. Burschenbekleidung
am be t. u. billigst. kauft. Strong reell, fachm. Bedienung.

**Badisches
Landestheater**
Mittwoch, den 21. Januar, 7 1/2—9 Uhr. Th.-Gem. 501—800,
1001—1500 (4.00). Unter Leitung des Generalmusikdirektors Ferdinand
Wagner-Ränberg
Sonder-Sinfoniekonzert des Landestheaters-Orchesters
Werke von Haydn und Beethoven.